



*Investition in Ineffizienz
und Wahnwitz*

Die Geschäfte von RWE

Herausgegeben von



RWE

Herausgeber: Urgewald
in Zusammenarbeit mit Projekt 21plus

Autorin: Alexandra Scheper
mit Texten von Regine Richter und Heffa Schücking

Redaktion: Heffa Schücking (v.i.S.d.P.), Regine Richter,
Trudel Meier-Staude

Gestaltung: Sabine Benz Köln, www.punktorange.de

Gestaltung Titel: HELDISCH Berlin, www.heldisch.com

Druck: Darpe Industriedruck GmbH & Co KG, Warendorf

Diese Broschüre wurde gedruckt auf der Papiersorte „Cyclus Print“
aus 100% Altpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel

Investition – in Ineffizienz und Wahnwitz.
Die Geschäfte von RWE.

April 2007



INHALTSVERZEICHNIS

Investition – in Ineffizienz und Wahnwitz. Die Geschäfte von RWE.

Vorwort

- 1.** RWE im Überblick

- 2.** Klimakiller Kohle
 - 2.1** Heimatkiller Braunkohle
 - 2.2** Das Geschäft mit Co₂-Emissionen
 - 2.3** Neurath – modern oder maßlos?
 - 2.4** Clean Coal – ein Oxymoron?

- 3.** Der Ausstieg aus dem Atomausstieg
 - 3.1** Biblis A – bitte abschalten!
 - 3.2** Lobby pro Atom

- 4.** Die schmutzigen Auslandsgeschäfte von RWE
 - 4.1** Neue Atom-Deals im Ausland?
 - 4.2** Uranmülltransporte nach Russland
 - 4.3** Braunkohle – hüben wie drüben

- 5.** Strommarkt – Machtmissbrauch der Platzhirsche
 - 5.1** Strompreise – außer Kontrolle
 - 5.2** Strombörse – Marktplatz für Manipulationen
 - 5.3** Teurer Strom – durch Treibhausgase
 - 5.4** Duopol RWE und E.on – ohne Wettbewerb
 - 5.5** Goldader Transportnetz
 - 5.6** EU fordert Trennung von Netz und Produktion
 - 5.7** Vernetzt mit der Politik

- 6.** Fazit

LIEBE KUNDINNEN UND AKTIONÄRINNEN VON RWE,

Katrina, Kyrill, kein Winter – die Zeichen stehen auf Klimawandel und der vollzieht sich deutlich schneller als noch vor kurzem angenommen. Kaum ein Tag vergeht ohne neue Kassandrarufer. UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon warnt, dass der Klimawandel für die Menschheit so gefährlich sei wie weltweite Kriege. Es wird immer offensichtlicher, dass Nichtstun deutlich teurer wird als Investitionen, die den Klimawandel zumindest begrenzen. Ohne Klimaschutz können sich die durch den Klimawandel insgesamt verursachten Kosten bis zum Jahr 2100 auf fast 3000 Milliarden Euro belaufen, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung errechnet. Dabei müssen vor allem diejenigen den Schaden ausbaden, die ihn am wenigsten angerichtet haben: Die ärmsten Länder produzieren kaum Treibhausgase, haben aber die schwersten Auswirkungen zu tragen wie Dürren, Unwetter und Überschwemmungen bis hin zum kompletten Versinken kleiner Inselstaaten. Der Klimawandel kommt also überaus ungerecht daher.

Der UN-Klimarat geht davon aus, dass die kommenden zwei Jahrzehnte entscheidend sind, um zumindest die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu begrenzen. Diese Zeit bleibt, um die entscheidende Energiewende zu vollziehen: weg von fossilen Energieträgern, hin zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Diese Energiewende muss vor allem in den Industrieländern stattfinden, den Hauptverursachern für die Treibhausgase, die sich in der Atmosphäre angesammelt haben und jetzt schon das Klima verändern.

Die Einsicht ist da, die Handlungsbereitschaft fehlt allerdings auf vielen Ebenen. Besonders uneinsichtig sind die großen Energieversorger, allen voran RWE. Bei dem Konzern, der seine Arbeit unter dem Titel „Innovation und Wachstum“ präsentiert, wächst zukünftig vor allem der CO₂-Ausstoß, wenn seine neuen Kohlekraftwerke ans Netz gehen. Besonderer Klimakiller wird das Braunkohlekraftwerk Neurath, das nach Fertigstellung jährlich mehr als 30 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Luft blasen wird. Auch in Sachen Energieeffizienz ist der Konzern ein Negativbeispiel. Er setzt auf ineffiziente Kohlekraftwerke mit geringen Wirkungsgraden und verpuffender Wärme, lange Transportnetze mit Stromverlusten und große Atommeiler, die unflexibel rund um die Uhr Strom erzeugen. Denn anders als der Konzern glauben machen will, ist die Atomenergie keine

Lösung für den Klimaschutz, sie hält im Gegenteil eine Energiewende nur auf. Wenn die Weichen für die Energie-Infrastruktur der nächsten Jahrzehnte gestellt werden, setzt RWE auf Ineffizienz und Wahnwitz statt auf Zukunftsfähigkeit.



Denn an ökologischen Innovationen hat RWE wenig zu bieten. Der Anteil regenerativer Energien am RWE-Strommix liegt zurzeit nach eigenen Angaben bei 2,9 Prozent inklusive Wasserkraft. Lässt man diese weg, machen erneuerbare Energien weniger als ein Prozent aus. In Großbritannien macht RWE npower gute Geschäfte mit Windparks, aber in Deutschland wehrte sich der Konzern mit Propaganda gegen Windkraft. Betreiber von Windanlagen hatten immer wieder Schwierigkeiten, ans Netz gelassen zu werden.

RWE steht wegen Atomkraft, Klimafragen und seiner Preispolitik seit Jahren immer wieder in der Kritik. Wir haben uns nun entschlossen, eine umfassende Konzernbilanz zu ziehen und die einzelnen Kritikpunkte in einem Dossier zusammen zu bringen, das den Blick nicht nur auf die Konzernpolitik in Deutschland wirft, sondern auch prüft, wo und wie RWE in anderen Ländern agiert. Denn der Essener Konzern betreibt seine fossil-atomare Energiepolitik nicht nur in Deutschland, sondern setzt auch in anderen Ländern auf Kohle und Atom. Seine Beteiligungstochter Urencos entsorgt radioaktive Uranabfälle billig nach Russland, wo der größte Teil unter freiem Himmel lagert.

RWE sagt selbst, dass es höchste Zeit sei, jetzt die richtigen Entscheidungen für die Infrastruktur von morgen zu treffen. Das stimmt. Doch statt auf Innovation zu setzen, beharrt der Konzern auf einem „weiter-so-wie-immer“-Kurs. Diese Antwort auf die dringenden energiepolitischen Fragen unserer Zeit ist nicht nur falsch. Sie gefährdet unsere Zukunft.

Gute Lektüre wünscht

Heffa Schücking
Geschäftsführerin urgewald e.V.



Mit Kohle groß geworden: das Traditionsunternehmen RWE hat tiefe Spuren in Nordrhein-Westfalen hinterlassen. Foto: D. Jansen / BUND

Die RWE AG mit Hauptsitz in Essen ist nach E.on der zweitgrößte deutsche Energieversorgungskonzern mit den Kerngeschäftsfeldern Strom und Gas. Auf dem deutschen Strommarkt ist RWE Marktführer, auf dem europäischen Strommarkt die Nummer 3.

Wem gehört RWE?

RWE ist als Aktiengesellschaft privatrechtlich organisiert, im Gegensatz zu Vattenfall und EnBW, die mehrheitlich in Staatsbesitz sind.¹ 260.000 Aktionäre besitzen 562,4 Millionen Aktien.² Die meisten RWE-Aktien sind breit gestreut und dementsprechend uneinsichtig.³ 10 Prozent hält die RWE-Energie-Beteiligungsgesellschaft. Die Anteile der Kommunen sanken im letzten Jahr von über 30 auf 28 Prozent, da einige Kommunen das wertvolle „Tafelsilber“ verkauften, um ihre Haushalte zu sanieren. Weitere Aktienpakete werden von institutionellen Anlegern wie Münchner Rück (4,6 %) und Allianz (3,69 %) gehalten. Den Anteil der ausländischen Anteilseigner schätzt RWE auf 27 Prozent.

Nach Spekulationen darüber, ob RWE wegen seiner gut gefüllten Kassen ein Übernahmekandidat wird, zog der Konzern Medienberichten zufolge Abwehrstrategien wie Aktienrückkäufe oder Sonderdividenden in Betracht. Im Zuge der Entkonsolidierung von American Water plant RWE nun tatsächlich den Rückkauf eigener Aktien. Details sind noch nicht bekannt. Die amerikanische Wassertochter von RWE soll im Verlauf des Jahres 2007 an die Börse.

Das Gerücht, Gazprom wolle sich bei RWE einkaufen, hält sich trotz Dementi der beiden Konzerne. Städte wie Hamm oder Düsseldorf geben den Spekulationen Nahrung,

indem sie den Verkauf ihrer Aktienpakete an die Russen nicht ausschließen. Düsseldorf könnte rund 430 Millionen Euro für 5,7 Millionen RWE-Aktien bekommen und damit seine Schulden auf einen Schlag tilgen. Gazprom hat Interesse, Zugang zu Endkunden in Deutschland zu bekommen, da die Gewinnmargen im Erdgas-Vertrieb sehr hoch sind. Auch RWE hätte Vorteile: Der Konzern will stärker am lukrativen Gasgeschäft verdienen und gründete dafür im Januar 2007 die Gas-Midstream-Gesellschaft. Eine engere Kooperation mit dem russischen Lieferanten, bisher E.on-Ruhr-gas-Chef Burckhard Bergmann vorbehalten, liegt auch wegen der geplanten Ostseepipeline auf der Hand. RWE schließt bereits Lieferverträge mit Gazprom über seine tschechische Ferngastochter Transgas ab. RWE lässt sich hier mit einem Partner ein, der durch die Zerstörung der Natur Westsibiriens und der Insel Sachalin einer der größten Umweltsünder Russlands ist.

Was macht RWE?

Die RWE AG fungiert als geschäftsführende Holding für fünf Unternehmensgesellschaften. RWE Power ist für die Stromerzeugung und Braunkohleförderung zuständig. Sie betreibt in Deutschland zurzeit vier Braunkohle- und vier Steinkohlekraftwerke (Beteiligungen über STEAG etc. nicht eingeschlossen), drei Atomkraftwerke, vier Erdgas- sowie drei Gas- und Dampfturbinenkraftwerke. Dazu kommen 13 eigene und 44 zur Harpen AG gehörende Wasserkraftwerke. Insgesamt verfügt RWE Power in Deutschland über einen Kraftwerkspark mit einer Leistung von 35.000 Megawatt. Braunkohle ist dabei der wichtigste Energieträger für RWE und macht über 30 Prozent der deutschen Kraftwerkskapazität aus.

Die fünf Unternehmensgesellschaften im Überblick

	Upstream (Erzeugung)		Gas Midstream (Kommerzielle Optimierung von Beschaffung, Transport und Speicherung)	Energiehandel	Überregionale und regionale Strom- und Gasnetze	Strom- und Gasvertrieb
	Stromerzeugung	Gas- und Ölförderung				
Kontinentaleuropa	RWE Power	RWE Dea	RWE Gas midstream	RWE Trading	RWE Energy	
Großbritannien	RWE npower					RWE npower

¹ Bei Vattenfall Europe ist der alleinige Eigner Vattenfall, der dem schwedischen Staat gehört. Bei der EnBW hat der französische Energieversorger EDF, überwiegend in Staatsbesitz, fast die Hälfte der Anteile.

² Stand Dezember 2006

³ 89 Prozent der RWE-Aktien sind in Streubesitz.

zität des Konzerns aus. 100 Millionen Tonnen Braunkohle fördert RWE Power pro Jahr und verwandelt große Teile des Rheinlands in eine Mondlandschaft.

RWE produziert, verkauft und handelt europaweit mit Strom, wobei RWE Trading als Energiehändler fungiert. Über RWE Energy besitzt der Konzern den größten Teil der deutschen Transportnetze. RWE Dea ist für die Gas- und Ölförderung zuständig, wobei Öl keine Rolle im RWE-Strommix spielt.⁴ Gas, zurzeit nur mit sechs Prozent an der Stromerzeugung beteiligt, will der Konzern weiter ausbauen. Für Großbritannien verantwortet RWE npower die Stromerzeugung sowie den Strom- und Gasvertrieb.

Der RWE-Konzern fokussiert sich zukünftig ausschließlich auf das Energiegeschäft (Strom und Gas) in Deutschland, Großbritannien, den Benelux-Ländern sowie Mittel- und Osteuropa. RWE hat rund 230 inländische und 350 ausländische Energiebeteiligungen im Portfolio. Mit dem Verkauf der RWE Umwelt im Jahr 2005 ist der Ausstieg aus dem Entsorgungsgeschäft abgeschlossen. Mit dem Verkauf von Thames Water im Dezember 2006 sowie dem geplanten Börsengang von American Water 2007 ist der Ausstieg aus dem weltweiten Wassergeschäft nach einem kostspieligen unternehmensstrategischen Schlingerkurs eingeleitet.

Das Thames Water-Desaster

Die Illusionen, als Global Player mit dem „blauen Gold“ sprudelnde Gewinne zu machen, sind für RWE endgültig geplatzt. Der Konzern hatte 2000 für 11 Milliarden Euro die britische Thames Water gekauft, da er von deren internationalen Aktivitäten in 44 Ländern, von Chile bis China, profitieren wollte. Auf Kosten der Wasserqualität, der Bevölkerung und der Umwelt. Denn RWE wollte viel verdienen und wenig investieren. Nicht nur in Indonesien lösten erhöhte Wasserpreise und mit Schwermetallen verschmutztes Wasser großen Unmut der Bevölkerung aus.⁵ Die Gewinnkalkulation von RWE wurde vor allem von massiven Protesten der Londoner und einer neu gegründeten Regulierungsbehörde in London durchkreuzt. Schon 2000 war klar, dass die über 100 Jahre alten Wasserleitungen modernisiert werden müssen. Doch RWE fuhr zugunsten der Renditen das Leitungssystem auf technisch niedrigstmöglichem Level. Ein Drittel des Wassers versickerte im Londoner Untergrund, jeden Tag über 900 Millionen Liter. Damit ließe sich eine 2,5 Millionen-Stadt versorgen. Das marode Abwässersystem spülte giftige Abwässer in die Straßen und Häuser der Hauptstadt. Thames Water wurde über 20 Mal wegen Umweltdelikten angeklagt. Als RWE verpflichtet wurde, rund 1200 Millionen Euro in die maroden Trinkwasser- und Abwasserleitungen zu investieren, ohne diese vollständig

auf die Wasserpreise umlegen zu dürfen, zog der Konzern die Konsequenz und trennte sich von seiner britischen Wassertochter.

Mit der klaren Ausrichtung auf das Energiegeschäft kann RWE weiter seine Gewinne steigern. Hier haben Regulierungsbehörden und der Staat wenig Einfluss, so dass der Konzern seine geschickte Preis- und Konzernpolitik besser ausspielen kann.

Wie viel verdient RWE?

Rekordgewinne, steigende Dividenden, ein vervierfachter Aktienkurs seit 2003 – rein wirtschaftlich ist RWE auf der Erfolgsschneise. Die RWE AG konnte 2006 ihren Betriebsgewinn um knapp 14 Prozent auf 6,11 Milliarden Euro steigern. Der Umsatz wuchs um 12 Prozent auf 44,3 Milliarden Euro, wobei vor allem das Deutschlandgeschäft zulegte. Grund waren die hohen Strom- und Gaspreise. Damit übertrifft der Konzern die Erwartungen der Aktionäre und sorgt für Empörung bei seinen Kunden.

Erstmals seit 2001 hat RWE keine Finanzschulden mehr. Stattdessen steht ein Guthaben von fast fünf Milliarden Euro in der Bilanz. Der Konzern ist gut aufgestellt. Doch wohin mit dem Geld? Geht es nach dem bisherigen Vorstandsvorsitzenden Harry Roels, wird RWE keine Bieterschlacht um externe Großakquisitionen wagen, wie E.on es mit dem spanischen Stromkonzern Endesa versucht hat.

Mehr Gewinn, weniger Jobs

Umsatz:	44,26 Mrd. Euro (+12,1 % gegenüber 2005)
davon im Ausland:	17,65 Mrd. Euro
Nettoergebnis:	3,85 Mrd. Euro (+72,4%)
Mitarbeiter:	68534 (-20,2%)
davon im Ausland:	30752

Zahlen: RWE Geschäftsbericht 2005 und 2006

Wer lenkt RWE?

In Zukunft wird es nicht mehr nach Harry Roels gehen. Sein Nachfolger wird der Stahlunternehmer Jürgen Großmann. Er soll spätestens im November 2007 in den RWE-Konzern eintreten und ab Februar 2008 den Vorstandsvorsitz übernehmen.

Am mangelnden wirtschaftlichen Erfolg hat es nicht gelegen, dass Roels seinen Platz räumen muss. Dem Holländer, der seit 2003 RWE lenkte, wird intern vorgeworfen, keine Wachstumsfantasie zu haben und RWE zum Über-

⁴ Im RWE-Strommix weist der Konzern Öl nicht extra aus. Braunkohle (41,5 %), Steinkohle (24,8 %) und Atomenergie (24,6 %) sind die Hauptenergieträger

⁵ Vgl. J. Loewe: „Das Wasser-Syndikat. Über die Verknappung und Kommerzialisierung einer lebensnotwendigen Ressource“, Dornach 2007

nahmekandidaten herausgeputzt zu haben. In die Missgunst der Öffentlichkeit geriet Roels, als im Dezember 2005 RWE als Netzbetreiber durch die schweren Stromausfälle im Münsterland in die Schlagzeilen geriet. Mehrere Tage und Nächte saßen die Menschen im Dunkeln und Roels ließ sich nicht blicken. RWE schwieg und wies alle Schuld von sich. Umweltschützer kritisierten, dass der RWE-Chef vor allem auf klimaschädliche Kohle setzte und für den „Schrott-Reaktor“ Biblis A einen Antrag auf Laufzeitverlängerung stellte. Der Naturschutzbund verlieh Roels 2006 den kritischen Umweltpreis „Dinosaurier des Jahres“ wegen der „Energieerzeugung mit Uralt-Technologien“. Von seinem Nachfolger wird allerdings keine Veränderung diesbezüglich erwartet.

Genug Schmerzensgeld bekommt Roels jedenfalls, der an der Spitze der Top-Verdiener unter den Dax-Konzernchefs steht. Einschließlich Aktienoptionen belaufen sich 2006 seine Bezüge auf mehr als 15 Millionen Euro. Damit übertrumpft er selbst den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank Josef Ackermann. Nach seinem Ausscheiden winkt eine jährliche Pension von 400.000 Euro plus Optionen in Millionenhöhe.

Wie entstand RWE?

Vor über 100 Jahren, 1898, wurde die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE) durch die Elektrizitäts-AG und die Deutsche Gesellschaft für elektrische Unternehmen gegründet. August Thyssen und Hugo Stinnes erwarben 1902 unter Beteiligung der Deutschen Bank, Dresdner Bank und Disconto-Gesellschaft die Mehrheit an RWE. Das erste Elektrizitätswerk stand auf dem Gelände der Stinnes-Zeche Victoria Mathias. Schnell expandierte das Unternehmen, denn Stinnes hatte in der Weimarer Republik die konzernpolitisch clevere Idee, die bis heute fortwirkt: Mit jeder Gemeinde schloss er Verträge, die ihm ein Gebietsmonopol bei der Energieversorgung sicherten. Die Kommunen bekamen Konzern-Anteile und kassierten jährlich Dividenden. Kommunalpolitiker wurden durch Aufsichtsrats-, Regionalbeirats- oder Führungspositionen in den Konzern eingebunden. Schon in den zwanziger Jahren schälten sich in Deutschland die Konturen einer abgestuften Energieversorgung aus Großstromproduzenten, Regionalversorgern und Stadtwerken heraus, die ihre Versorgungsgebiete durch Demarkations- und Konzessionsverträge absteckten. RWE expandierte in den nächsten Jahrzehnten durch eine aggressive Akquisitionspolitik und zahlreiche Gründungen von Elektrizitätswerken und Versorgungsunternehmen zu einem der größten deutschen Energieunternehmen.⁶

Der traditionelle Braun- und Steinkohle-Konzern stieg Ende der fünfziger Jahre erst auf Druck der Politik und der Konkurrenz in die Atomenergie ein. Zehn Jahre später baute RWE mit Biblis A das seinerzeit größte Atomkraftwerk der Welt. Im Jahr 2000 fusionierte RWE mit seinem Konkurrenten Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) zum zweitgrößten Energiekonzern Deutschlands – mit einem Beteiligungsgeflecht von knapp 1000 Unternehmen. Beide Konzerne hatten zum Zeitpunkt der Fusion schon schwere Unfälle in ihren Atomkraftwerken hinter sich. RWE mit Biblis A.⁷ VEW mit Hamm-Uentrop. Nur eine Woche nach dem Super-GAU in Tschernobyl entwichen im VEW-Reaktor große Mengen an kontaminiertem Helium. Die Radioaktivitätsmessung ergab vor Ort das Vierfache der Strahlenbelastung durch die Wolke von Tschernobyl.⁸ RWE behauptet bis heute, Atomkraft sei sicher, und plant neue Atomkraftwerke im Ausland.

Wie taktiert RWE?

Ob auf regionaler, bundesweiter oder europäischer Ebene – RWE nutzt Lobby-Kontakte im Kleinen wie im Großen, um seine Marktmacht zu stärken und Gesetze zum eigenen Vorteil zu beeinflussen.⁹ Das aktuellste Beispiel zeigt, dass der Klüngel zwischen RWE, den Banken und der Politik vor allem in Nordrhein-Westfalen noch immer gut funktioniert: RWE will mit Hilfe öffentlicher Banken seine Marktanteile ausbauen und so das Kartellrecht aushebeln. Im Sommer 2006 stimmten die NRW-Bank, die WestLB und mehrere Sparkassen der Gründung einer Fondsgesellschaft zu, die Anteile an Stadtwerken erwerben soll. Nach neun Jahren wird sie wieder aufgelöst. Der Clou dabei: RWE hat sich ein Vorkaufsrecht auf die Beteiligungen einräumen lassen – obwohl das Bundeskartellamt RWE aufgrund seiner marktbeherrschenden Stellung weitere Einkäufe in den Kommunen untersagt hat. RWE und E.on sind zusammen schon an mehr als 210 Stadtwerken beteiligt.

RWE will der „Stadtwerke Investment Gesellschaft“ (SIG) auch eigene Anteile an Stadtwerken übertragen, um den Restriktionen des Kartellamts zu entgehen.¹⁰ Für die Grünen im NRW-Landtag ist die SIG „nichts anderes als eine Park- und Einkaufsgesellschaft für Stadtwerke-Anteile im Auftrag von RWE“. Auch Verbraucherschützer sprechen von einer „unfassbaren Aktion“, da eine noch größere Marktmacht noch höhere Strompreise mit sich ziehe.¹¹ Dass die landeseigene NRW-Bank und die ehemalige Landesbank WestLB dem Deal zustimmten und an der SIG beteiligt sind, verwundert nicht: WestLB-Bankenchef Thomas Fischer ist gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender bei RWE.

6 D. Schweer, W. Thieme (Hg.): „Der gläserne Riese: RWE – ein Konzern wird transparent“, Wiesbaden 1998

7 Siehe Kapitel 3.2

8 Der Reaktor wurde seit dem Störfall am 1986 nicht wieder in Betrieb genommen. Er enthält 390 t radioaktive Anlagenbauteile und kann frühestens 2027, nach

Abklingen der Radioaktivität, abgerissen werden. Vgl. www.bund-gegen-atomkraft.de

9 Siehe Kapitel 5.7

10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 14/2728, 17.10.2006

11 „Kartellamt austricksen?“, taz NRW, 15.8.2006



Die größte CO₂ Quelle Europas: Im Rheinischen Braunkohle-
revier, zwischen Aachen, Düsseldorf und Köln, betreibt RWE
vier Braunkohlekraftwerke. Foto: B. Arnold

RWE ist in Deutschland der größte Betreiber von Braunkohlekraftwerken. Als ‚nur‘ drittgrößter Stromproduzent Europas stößt der Konzern mit rund 150 Millionen Tonnen pro Jahr die größte Menge an CO₂-Emissionen aus. Mindestens 15 Prozent der Treibhausgase aus der europäischen Stromerzeugung gehen auf die Rechnung von RWE. Der Konzern hat sich damit den zweifelhaften Titel verdient, Europas „Klimakiller Nummer 1“ zu sein.¹

Allein die vier RWE-Braunkohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen - Frimmersdorf, Neurath, Niederaußem und Weisweiler – emittieren neben Feinstaub und Quecksilber rund 90 Millionen Tonnen Kohlendioxid im Jahr – so viel wie ganz Neuseeland. Dazu kommen noch vier RWE-Steinkohlekraftwerke. In den nächsten Jahren muss der veraltete konventionelle Kraftwerkspark erneuert werden, fast die Hälfte aller deutschen Braunkohlekraftwerke ist vor über 30 Jahren gebaut worden.² Hier liegt die Chance eines gewaltigen Umbruchs in der Energiewirtschaft. Doch statt auf erneuerbare Energien, Energieeinsparung und dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung setzen die Energiekonzerne in Deutschland auf zentrale Großkraftwerke. 45 neue

Braun- und Steinkohleprojekte sind derzeit in Planung! Das geht aus einer internen Liste der Bundesnetzagentur hervor, die im März 2007 an die Medien gelangte. Bisher waren öffentlich nur 26 neue Kohlekraftwerke bekannt. Die produzierte Strommenge aus Kohle steigt nach dieser Planung um 50 Prozent, selbst wenn alle Altanlagen stillgelegt sind.³ Eine massive Investitionsverhinderung für erneuerbare Energien. „Wenn alle vorgesehenen Neubauprojekte umgesetzt werden, scheitert Deutschland mittel- und langfristig mit seinen Klimaschutzziele“, warnt Thorben Becker vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Doch von der Kohle will sich weder die Politik noch die Energieindustrie verabschieden. Für sie zählen andere Motive als Klimaverträglichkeit. Zum Vergleich: Ein modernes Gaskraftwerk stößt 365 Gramm CO₂ je erzeugter Kilowattstunde aus, ein neues Steinkohlekraftwerk rund 750 Gramm. Die modernsten Braunkohlekraftwerke, die derzeit gebaut werden, verursachen immer noch CO₂-Emissionen von 950 Gramm je Kilowattstunde. Braunkohlekraftwerke erreichen auch mit neuester Technik nur einen

Die 8 Kraftwerke mit den höchsten CO₂ -Emissionen

Kraftwerk	Betreiber	Energieträger	Größe ⁽¹⁾ (MW)	Emissionen ⁽²⁾ (Mio. t. CO ₂ /Jahr)
Neurath (NRW)	RWE	Braunkohle	4419*	31,8**
Niederaußem (NRW)	RWE	Braunkohle	3864	24,5
Jänschwalde (Brandenburg)	Vattenfall	Braunkohle	2736	22,0
Frimmersdorf /NRW)	RWE	Braunkohle	2413	21,6
Weisweiler (NRW)	RWE	Braunkohle	2294	20,1
Boxberg (Sachsen)	Vattenfall	Braunkohle	1764	13,6
Lippendorf (Sachsen)	Vattenfall	Braunkohle	1730	13,2
Schwarze Pumpe (Brandenburg)	Vattenfall	Braunkohle	1430	12,8

Energieerzeugung/Umwandlung gesamt: ca. 382 Mio. t CO₂/Jahr⁽²⁾

* davon 2200 MW erst in Planung

** davon ca. 14 Mio t erst in Planung

1) Daten aus: Glückauf Jahrbuch 2005

2) Zuteilungsmengen gemäß NAP (Mittelwert 2000/02)

Quelle: Greenpeace

1 RWE versuchte zwar, Greenpeace gerichtlich zu untersagen, den Konzern als Klimakiller zu bezeichnen, konnte sich damit aber nicht durchsetzen.

2 Quelle: BMWi; IIB2

3 „45 neue Kraftwerke: Klimaschutz ade?“, Aachener Zeitung, 22.3.2007

Verheizte Heimat:

Mindestens 130 Ortschaften in NRW wurden und werden der Braunkohle geopfert.

Vom Tagebau betroffene Dörfer	Anz. d. Pers.
Rhein-Erft-Kreis	
Aldenrath	80
Gotteshülfe	50
Berrenrath	1979
Brühl-Heide	872
Benzelrath	404
Maria-Glück	104
Seilbahnhäuser	57
Alleestr. Knappsack	66
Zieselmaarstr.	37
Gut Knappsack	10
Alstädter Str.	300
Teilsiedl. Balkhausen	650
Luisenhöhe	120
Haus. Fabr. Luise	80
Bottenbroich	925
Pfeiler Hubertus	24
Grefrath	1630
Mödrath	2090
Habbelrath	1635
Boisdorf	170
Teilumsiedl. Ichendorf	125
Burg Holtrop	46
Forsthaus Bethlehem	4
Harfer Eiche	17
Perionghof	12
Erftverlegung Glesch	46
Kloster Bethlehem	74
Garsdorf	313
Wiedenfeld	395
Giersberg Nord	198
Frauweiler	386
Tannmenhof	8
Omagen	25
Teilums. Morken	102
Geddenbusch, Muchhsn	437
Epprath Tollhaus	449
Waldsiedlung	52
Winkelheim	164
Blerichen Ost	75
Hohenholz	9
Bedburg-Ost	236
Buchholz	349
Kolonia Fortuna	1609
Bergheim-Ost	107
Morken-Harff	1950
Morken-Harff	1950
Königshoven	2337
Elsdorf	1195
Siedlung Sittarder Hof	75
Kerpen-Manheim	1693

Wirkungsgrad von höchstens 43 Prozent, das heißt 57 Prozent der Energie gehen ungenutzt verloren. Braunkohle ist Gift für das Klima, aber das hält RWE nicht von Neuinvestitionen in diese Technik ab.

Neben zwei fest geplanten Steinkohlekraftwerken in Hamm und Ensdorf, die 2012 in Betrieb gehen sollen, baut RWE zwei 2,2 Milliarden Euro teure und umstrittene Braunkohleblöcke im niederrheinischen Neurath. Vom Konzern als ‚Hightech-Anlagen‘ gelobt, werden sie von Kritikern als unzeitgemäße Emissionsschleudern bezeichnet.⁴ Im Ausland plant RWE den Bau eines weiteren Steinkohlekraftwerks in den Niederlanden und von Braunkohlekraftwerken in Ungarn und Bulgarien. Innerhalb der nächsten Jahre werden auch diese Neuinvestitionen ihren Teil zum Klimawandel und zur Umweltzerstörung beitragen.

2.1 Heimatkiller Braunkohle

Der Abbau von Braunkohle zerstört große Flächen – in Deutschland 230.000 Hektar. Das Tagebaugelände von RWE ist die Niederrheinische Bucht, eine uralte Kulturlandschaft. Ganze Dörfer, riesige Waldgebiete und landwirtschaftliche Anbauflächen fielen den Tagebau-Aktivitäten der RWE-Tochter Rheinbraun (heute RWE Power) zum Opfer. Seit den fünfziger Jahren wurden hier mehr als 30.000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Bis Mitte des 21. Jahrhunderts werden es 45.000 sein.

Nach mehr als 20 Jahren Widerstand und politischer Diskussion geht im Sommer 2006 der umstrittene Braunkohle-Tagebau Garzweiler II in Betrieb. Mit einer Fläche von 48 Quadratkilometern ist das Abbaugelände halb so groß wie die Berliner Innenstadt. Bis 2045 will RWE 40 Millionen Tonnen Braunkohle pro Jahr fördern und damit 20 Prozent des Strombedarfs in Nordrhein-Westfalen decken. Für eine Schaufel Kohle müssen fünf Schaufeln Erde weichen. 18 Dörfer sollen einfach von der Landkarte getilgt werden

Protest gegen das Vorrücken der Braunkohlebagger. Foto: D. Jansen / BUND



⁴ siehe Kapitel 2.3

– samt ihrer Baudenkmäler, Kirchen und aller Erinnerungen, die damit verbunden sind. 7.600 Menschen müssen für RWE ihre Häuser verlassen. Mit Verfassungsbeschwerden, Feststellungsklagen und tausenden Einwendungen hatten Betroffene, Kommunen, Kirchen und Umweltschützer das „Wahnsinnprojekt“ Garzweiler II aufzuhalten versucht – ohne Erfolg.

Der Tagebau Garzweiler II ist ein von Osten nach Westen wanderndes Loch, das in vierzig Jahren über eine Pipeline mit Wasser aus dem Rhein gefüllt werden soll. RWE verspricht eine „lebendige Seenlandschaft“ – doch der Raubbau hat gravierende Folgen: Der natürliche Grundwasserhaushalt wird zerstört, grundwasserabhängige Feuchtgebiete werden geschädigt. Im Absenkungsbereich von Garzweiler II liegen die letzten großen Erlenbruchwälder Mitteleuropas. Diesem einzigartigen Ökosystem wird das Wasser abgegraben. Schon jetzt ist das Feuchtgebiet durch Garzweiler I geschädigt worden. Über Jahrhunderte sollen nun künstliche Grundwasseranreicherungen die Substanz für die Wälder bewahren. Doch die ökologischen Folgen kann niemand prognostizieren.⁵

Ob Garzweiler, Hambach oder Inden: Tagebaue sind ökologisch verheerend, sozial unverträglich und energiepolitisch unverantwortlich. RWE sieht zwar im Tagebau einen „schwerwiegenden Eingriff in die Natur- und Kulturlandschaft“,⁶ zieht daraus aber keine Konsequenzen. Im Gegenteil: der Konzern plant sogar den Aufschluss neuer Tagebaue. Erst letztes Jahr haben RWE-interne Überlegungen, die möglichen Tagebaufelder Inden III und Erp-Irresheim aufzuschließen, für neuen Diskussionsstoff gesorgt.⁷

Auch wenn RWE viel in die Forschung und Umsetzung der Rekultivierung der ehemaligen Betriebsflächen investiert, die Gewinnung von Braunkohle bleibt mit irreversiblen Folgen für die Natur und den Gewässerhaushalt verbunden. Die so genannten Ewigkeitskosten für langfristige Schäden trägt am Ende die Gesellschaft. Umweltverbände fordern deshalb seit langem die Braunkohlenutzung zu beenden.

2.2 Das Geschäft mit CO₂-Emissionen

Die Idee des 2005 eingeführten Emissionshandels ist, das Klima zu schützen.⁸ Seine Ausgestaltung jedoch belohnt die größten Luftverschmutzer und verschafft Stromkonzernen wie RWE Profite in Milliardenhöhe. Denn je mehr Kohlendioxid ein Kraftwerk ausstößt, umso mehr Emissionszertifikate bekommt es geschenkt. Der von der EU vorgesehene Anreiz, durch ein marktwirtschaftliches Instrument von dreckigem Brennstoff wie Kohle zu klimaverträglicherem Gas oder gleich zu CO₂-neutraleren Alternativen zu

Allein für Garzweiler II verlieren 7.600 Menschen ihre Heimat. Foto: D. Jansen / BUND



Landschaftsfresser Tagebau. Foto: B. Arnold / BUND



⁵ vgl. www.bund-nrw.de/braunkohle-garzweiler.htm
⁶ „Tagebau und Technik“, RWE Power 01/2005

⁷ „Braunkohle nein danke“, Bündnis 90/Die Grünen, Bundesdelegiertenkonferenz Köln, 30.11.2006
⁸ Siehe Nationaler Allokationsplan I (2005-2007) und II (2008-2012)

Vom Tagebau betroffene Dörfer	Anz. d. Pers.
Titz: Dackw. Hof/Siedl.	28
Waldkolonie Lieblar	112
Gindorf St. Leonhard	46
Frimmersdorf	33
Reisdorf St. Leonhard	69
Elfgem	818
Belmen	339
Garweiler	1259
Priesterath	374
Jüchen	2470
Pesch	256
Borschemich	645
Immerath	1153
Lützerath	68
Keyenberg	879
Kuckum/Mühle	472
Ober-/Unterwstrich	163
Berverath	123
Holzweiler	1328
Roitzerhof	12
Eggeratherhof	10
Weyerhof	8
Hauerhof	11
Teilums. Helrath	217
Warden-Ost	20

Emissionshandel

Der EU-weite Handel mit Emissionsrechten soll die Ziele des Kioto-Vertrags unterstützen. Seit 2005 müssen Anlagenbetreiber für ihre CO₂-Emissionen Rechte vorweisen, die vom Staat nach einem großzügigen Vergabeschlüssel kostenlos zugeteilt werden. Produzieren die Betreiber mehr CO₂, müssen sie CO₂-Zertifikate an der Strombörse zukaufen oder Emissionen senken. In der ersten Phase des Nationalen Allokationsplans (NAP I 2005-2007) gab es in Deutschland jedoch eine Überausstattung an Zertifikaten. Die EU genehmigte 499 Mio. Tonnen (dank vieler Extraregelungen für RWE und E.ON) – viel mehr als die Industrie in die Luft pusten konnte. Als dies 2006 bekannt wurde, sank der Börsenwert für Zertifikate von einem Spitzenpreis von 30 Euro auf unter 7 Euro. 2007 purzelte er in den ersten drei Monaten auf drei, zwei und schließlich einen Euro. Für Kritiker ein Indiz für das Scheitern des Emissionshandels. Für die neue Phase (NAP II 2008-2012) wird die Tonne CO₂ wieder höher gehandelt – derzeit für 17 Euro¹¹ – da auf Druck der EU die deutsche Gesamtmenge auf 453 statt von der Bundesregierung geforderten 482 Mio. Tonnen CO₂ fällt. Umweltschutzorganisationen, Verbraucherschützer und einzelne Politiker fordern die Versteigerung einer viel knapperen Zertifikatmenge. Obwohl die Zertifikate noch verschenkt werden, schlagen die Energiekonzerne den Marktwert der Zertifikate auf den Strompreis auf und lassen sich somit ihre Klimasünden vergolden.

wechsellern, ist nicht nur ausgeblieben, er hat sich sogar in sein Gegenteil verkehrt. Denn ein relativ sauberes Gas-Kraftwerk bekommt weniger Zertifikate als ein schmutziges Kohlekraftwerk und hat somit Wettbewerbsnachteile.

Der größte Nutznießer des Emissionshandels ist RWE dank seiner Braunkohlekraftwerke. Laut Geschäftsbericht hat RWE 2006 eine Zertifikatezuteilung von 141 Millionen Tonnen CO₂ erhalten. Bei einem Durchschnittspreis an der Leipziger Strombörse von 18 Euro pro Zertifikat im Jahr 2006 macht das einen Wert von 2,5 Milliarden Euro aus. Zusammen mit 142 Millionen Tonnen aus dem Jahr 2005 kommt eine Summe von über 5 Milliarden Euro zustande – für RWE bares Geld. Die Stromkonzerne haben zwar die Zertifikate von der Bundesregierung geschenkt bekommen, verbuchen sie aber als Kosten.⁹ Mit diesem buchhalterischen Trick schlagen sie den Marktwert der Zertifikate auf den Strompreis auf. Die Folge: Der Strom wird teurer, die Verbraucher müssen mehr zahlen.¹⁰

Unter echten Wettbewerbsbedingungen wäre eine solche Geschäftspraxis zu Ungunsten der Verbraucher nicht möglich. Doch damit nicht genug, die Stromkonzerne versuchen, jede noch so kleine Einschränkung ihrer Gewinnspanne mit allen Mitteln zu verhindern. Zusammen mit Vattenfall hat RWE im März 2007 in einem Brief an die Bundeskanzlerin appelliert, gegen Pläne von Umweltminister Sigmar Gabriel vorzugehen und sich gegen „die Diskriminierung der Braunkohle“ einzusetzen.¹² Der Grund: Gabriel wollte ab 2008 wenigstens einen Funken Anreiz schaffen, Kohlendioxid einzusparen, indem er Braunkohleanlagen mit einem Kohle-Richtwert von 750 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde den gleichen Anteil an Verschmutzungsrechten zuweist wie Steinkohlekraftwerken. Für RWE würde das bedeuten, fehlende Zertifikate an der Börse kaufen zu müssen, ganz im Sinne eines funktionierenden Emissionshandels. Der Aufschrei, der deshalb im Bundeswirtschaftsministerium, bei der Union und auch Teilen der SPD, vor allem in NRW und Ostdeutschland, zu hören war, entbehrt jeder Grundlage. Schließlich wäre das nicht das Ende der Braunkohle, sondern nur eine umweltgerechtere Zuteilung von Emissionsrechten. Doch das Kanzleramt reagierte zwei Wochen später mit einem Vorschlag, der auf einen Richtwert für Braunkohle von etwa 825 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde hinausläuft.¹³ Der Kompromiss gesteht der Braunkohle damit weniger Emissionsrechte zu als bisher, aber immer noch mehr als der Steinkohle. Für Umweltschützer ein ‚fauler Kompromiss‘. Dafür will Gabriel in Zukunft die CO₂-Zertifikate versteigern.

⁹ Unter Opportunitätskosten (Verzichtskosten) versteht man Kosten, die dadurch entstehen, dass Möglichkeiten zur Nutzung nicht wahrgenommen werden, frei nach dem Motto: Wenn wir verkaufen würden...

¹⁰ Siehe Kapitel 5.3

¹¹ Stand März 2007. Vgl. den Terminmarkt für EU-Carbon-Futures unter www.eex.de

¹² „RWE und Vattenfall werben für Braunkohlekraftwerke“, Handelsblatt, 13.3.2007

¹³ „Braunkohle-Lobby kämpft um Privilegien“, Der Tagesspiegel, 1.4.2007

Brüssel hat das deutsche Gesamt-Budget auf 453 Millionen Tonnen CO₂ gekürzt. Der Kuchen wird kleiner, satt werden trotzdem die Großen. Eine WWF-Untersuchung macht deutlich, dass es lediglich darum geht, wie hoch die Zusatzgewinne für die Stromwirtschaft werden.¹⁴ Selbst wenn theoretisch alle Zertifikate nur für zwei Jahre verschenkt und 18 Jahre lang versteigert würden, würde der Bau eines Braunkohlekraftwerks einen reinen Zusatzgewinn von 233 Millionen Euro abwerfen – im Vergleich zu 145 Millionen bei Steinkohle- und 58 Millionen bei Gaskraftwerken. Würden Zertifikate, wie ursprünglich vorgesehen, 14 Jahre lang gratis zugeteilt, wüchsen die Zusatzprofite sogar auf 835 Millionen Euro bei Braunkohleanlagen. Von Diskriminierung keine Spur. Diskriminiert werden umweltschonende Anlagenbetreiber, die sich nicht an Emissionen bereichern können.

2.3 Neurath – modern oder maßlos?

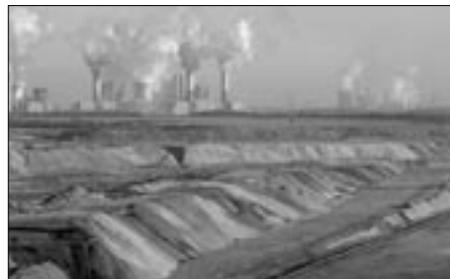
Grundsteinlegung für das neue ‚Braunkohlekraftwerk mit optimierter Anlagentechnik‘ (BoA) im August 2006: Für den Vorstandsvorsitzenden Harry Roels hat das neue Kraftwerk in Neurath, das 2010 in Betrieb geht, „in verschiedener Hinsicht symbolischen Charakter“. Für die Kritiker auch. Die jährlichen CO₂-Emissionen sinken Roels Angaben zufolge um mehr als 30 Prozent, was jährlich rund sechs Millionen Tonnen ausmacht. Allerdings nur „bei gleich großer Stromerzeugung“. ¹⁵ In Wahrheit wird das neue Riesenkraftwerk Neurath „nach der Fertigstellung jährlich mehr als 30 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Luft blasen und unsere Erde damit weiter aufheizen“, sagt Greenpeace-Klimaexpertin Gabriela von Goerne. Für die BILD-Zeitung wird Neurath deshalb ganz klar „Deutschlands größte Dreckschleuder“. Und sie untertreibt damit ausnahmsweise: Neurath wird mit über 30 Millionen Tonnen CO₂ zum negativen Spitzenreiter Europas.¹⁶

Die neuen Kraftwerksblöcke BoA 2/3 sind mit einem Wirkungsgrad von über 43 Prozent durchaus effektiver als die Altanlagen mit rund 30 Prozent. Aber im Vergleich zum Wirkungsgrad von neuen Gaskraftwerken (GuD) mit mehr als 58 Prozent und Kraftwärmekopplungsanlagen

(KWK) mit 90 Prozent, sind und bleiben Braunkohleanlagen die klimaschädlichsten Kraftwerke. Es gebe keinen Grund hinzunehmen, dass Betreiber ausschließlich wegen kurzfristiger Renditeerwartungen auf Kohle als Brennstoff setzen, die nur deshalb so günstig sei, weil »unsere Atmosphäre als kostenlose Deponie für CO₂ genutzt wird«, so DUH-Geschäftsführer Rainer Baake. Auch Angela Merkel äußerte sich in ihrer Rede zur Grundsteinlegung kritisch zum Wirkungsgrad von 43 Prozent: „Der Physiker sagt natürlich, dass es theoretisch noch Steigerungsmöglichkeiten gibt – selbst wenn mir bekannt ist, dass das Perpetuum Mobile wohl auch von RWE nicht erreicht werden wird.“

In ständiger Bewegung bleibt die Diskussion über die lange Laufzeit von 40 Jahren bei Braunkohleneubauten wie Neurath und die Zuteilung der CO₂-Zertifikate. Ein Skandal ist, dass Neurath durch die Ausstattung mit Emissionsrechten mit über 250 Millionen Euro jährlich indirekt subventioniert wird. Für die Zeit von 2010 bis 2027 belaufen sich die Zertifikatswerte für dieses eine Kohlekraftwerk nach Angaben des BUND auf rund 5 Milliarden Euro.¹⁷ RWE investiert aber nur 2,2 Milliarden. Ein Geschenk der Bundesregierung, der diese Summe für die Förderung erneuerbarer Energien an anderer Stelle fehlt. Neurath ist tatsächlich ein Symbol – für klimapolitischen Wahnsinn.

Immer wieder wird behauptet, Braunkohle sei der einzige subventionsfreie Energieträger in Deutschland. Bei der Grundsteinlegung von BoA 2/3 sagte Roels: „Braunkohle lässt sich ohne Subventionen zu einer absolut wirtschaftlichen und wettbewerbsfähigen Stromerzeugung nutzen.“¹⁸ Neben dem Geschäft mit den Zertifikaten, verschweigt er dabei die vielen indirekten Begünstigungen, die den Wettbewerb verzerren. 364 Millionen Euro pro Jahr machen diese laut einer Studie des Wuppertal Instituts deutschlandweit aus.¹⁹ Fast genau so hohe Sanierungskosten kommen noch dazu sowie externe Kosten für Gesundheits- und Klimafolgegeschäden in Milliardenhöhe. Die berechnet keiner, der die Subventionen von erneuerbaren Energien kritisiert. Dabei sieht die wahre Bilanz ganz anders aus.



Die Schäden des Braunkohleabbaus sind nicht auf die Tagebaugelände begrenzt. Mehr als zehn Prozent der Fläche Nordrhein-Westfalens sind von der Grundwasserabsenkung betroffen. Foto: D. Jansen / BUND

¹⁴ „Analyse der Wirtschaftlichkeit von Kraftwerksinvestitionen im Rahmen des EU-Emissionshandels“, WWF Deutschland, Ökoinstitut e.V., 18.12.2006

¹⁵ Vor Inbetriebnahme der neuen BoA-Blöcke sollen sechs Blöcke im KW Frimmersdorf still gelegt werden. Genehmigungsbescheid 6/2005

¹⁶ Die alten Blöcke stoßen jährlich 16 Mio. Tonnen CO₂ aus. Durch den Neubau kommen 15 Mio. Tonnen dazu.

¹⁷ „BoA-Kraftwerk blockiert Klimaschutz“, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), 23.8.2006

¹⁸ Rede von RWE-Vorstandsvorsitzenden Harry Roels bei der Grundsteinlegung BoA in Neurath am 23. 8.2006

¹⁹ „Braunkohle – ein subventionsfreier Energieträger?“, Wuppertal Institut, Studie im Auftrag des UBA, 2003

Vom Tagebau betroffene Dörfer	Anz. d. Pers.
Lürken	105
Laurenzberg	363
Pützlohn	159
Hausen	21
Langendorf	250
Fronhoven	12
Lohn	162
Erberich	688
Langweiler	369
Obermerz	107
Teilums. Niedermerz	14
Fronhoven	12
Lohn	162
Erberich	688
Rössler Hof	2
Welldorfer Hof	3
Ermlander Hof	4
Gut Neulich	7
Frentzer Hof	5
Forsthaus Neulich	1
Haus Radmacher	6
Neuenhof	6
Radmacherhof	4
Thywissenhof	6
Güstener Hof	6
Fa. Schmitt	4
Eschergewähr	4
Lich-Steinstraß	1473
Pattern	334
Sophienwald	5
Neuhambach	8
Gut Karlmannserde	4
Höller Mühle	5
Paffenlich	10
Gut Winterbach	5
Inden	2156
Inden-Altdorf	828
Inden-Pier	1575
Merzenich-Morschenich	538
Total	44.064

Quelle: http://www.bund-nrw.de/Doerfer_auf_der_roten_Liste.htm

2.4 Clean Coal – ein Oxymoron?

Saubere Kohle – zwei Begriffe, die sich eigentlich ausschließen. Doch die Kohleindustrie möchte den Eindruck erwecken, sie hätte die Lösung für den CO₂-trächtigsten aller Brennstoffe schon gefunden. Die Idee: Kohlekraftwerke pusten das Kohlendioxid nicht mehr in die Luft, sondern filtern es heraus und schicken es in große, unterirdische Speicher wie z.B. ausgediente Erdgas-Lagerstätten. „Carbon Capture and Storage“ (CCS)²⁰ heißt die Technologie, mit der RWE 2014 das erste CO₂-freie Kohlekraftwerk in Deutschland bauen will. Ein „Leuchtturmprojekt der Klimaschutzstrategie“, schreibt der Konzern stolz in seinen Broschüren. Rund eine Milliarde Euro will RWE vorerst investieren. Auch im englischen Essex plant RWE ein neues Kohlekraftwerk für 2013, das für eine CO₂-Abscheidung und –speicherung ausgelegt sein soll. Doch die komplizierte und rechtlich umstrittene Clean Coal-Technologie hat mehr Nach- als Vorteile.

◆ So paradox es klingt, aber die CO₂-Abscheidung wird die CO₂-Produktion stark erhöhen. Die Sequestrierung verbraucht so viel Energie, dass der Wirkungsgrad sinkt und mehr Kohle verfeuert werden muss. Nach Angaben des Umweltbundesamts ist der Ressourcenverbrauch bei Steinkohle um den Faktor 1,6 und bei Braunkohle um 1,8 erhöht.²¹ Man pustet also mehr aus dem Schornstein, dreht ihn aber dabei um. In diese fragwürdige Technologie werden weltweit Hoffnungen und Forschungsgelder gesteckt.

◆ Wo die CO₂-Lagerstätten entstehen könnten, muss noch erforscht werden. Neben ehemaligen Öl- und Gaslagerstätten setzt RWE auf saline Aquifere, Sandsteinschichten mit Salzwasser. Doch niemand weiß, ob sie überhaupt geeignet sind, CO₂ zu speichern. Und auch für die Technik gibt es bisher nur Versuchsanlagen. Im Februar 2007 begann der Bau des ersten Forschungsprojekts in Deutschland: In Ketzin soll mit 20 Millionen Euro Fördergeldern von EU, Bundesregierung und Industrie getestet werden, ob das Wegschließen des Treibhausgases jemals technisch und gefahrlos möglich sein kann.²² Die EU hat ihren Förder-säckel für CCS gerade erst aufgestockt.

◆ Auch werden die Gefahren der CO₂-Lagerung systematisch unterschätzt. Schon die Freisetzung von Kohlendioxid durch kleinste Leckagen würde das klimaschädigende Treibhausgas auf längere Sicht zurück in die Atmosphäre bringen. Sollte CO₂ in besiedeltem Gebiet austreten, drohten Bewohnern Gesundheitsschädigungen, im schlimmsten Fall bis zum Erstickungstod, warnt Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion.²³

²⁰ CCS-Technik mit Integrated Gasification Combined Cycle (IGCC): die Vergasung von Kohle (und die Stromerzeugung in nachgeschalteten Turbinen) wird mit einer CO₂-Abtrennung und -Lagerung kombiniert.

²¹ www.umweltbundesamt.de/klimaschutz/

²² mehr Informationen unter www.gfz-potsdam.de/html/news/index.html

²³ „Ineffizient, teuer, unökologisch“, Tagesspiegel, 1.3.2007

◆ Die Technik ist noch weit entfernt von der Marktreife und vor allem teuer. Zur Abscheidung müssen Anlagen gebaut werden, die ähnlich komplex sind wie das eigentliche Kraftwerk. Auf jede abgeschiedene Tonne CO₂ kommen somit geschätzte Zusatzkosten von 20 bis 50 Euro.²⁴ Reinhard Loske, Umweltexperte der Grünen, hat Zweifel, wann und ob die CO₂-Abscheidung kommerziell eingesetzt werden kann. „Die Politik darf nicht im Vertrauen auf spätere Entwicklungen die Hände in den Schoß legen. Und die Modernisierung des Kraftwerkparcs darf nicht mittels gigantischer Fehlinvestitionen in einer kohlelastigen Energiestruktur enden. Das Fenster der Möglichkeiten für den Klimaschutz steht jetzt weit offen.“

Der klimapolitische Berater der Bundeskanzlerin dagegen, Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, sieht in der Speichertechnologie einen wichtigen Weg zur Begrenzung der globalen Erwärmung. Angela Merkel ist kritischer. Bei der Grundsteinlegung von Neurath ließ sie RWE wissen: „Ich will nicht verhehlen, dass ich als jemand, die nicht nur zur Physik, sondern auch zur Chemie Kontakte hatte, die Speicherung des CO₂ einfach nur unter der Erde nicht als die endgültige Lösung im Rahmen der Forschung und Entwicklung sehe.“²⁵

Auch die meisten Umweltexperten warnen davor, zu viel von der CO₂-Speicherung zu erwarten. Die Technik wird erst ab 2020 für den kommerziellen Einsatz zur Verfügung stehen, schätzt Harry Lehmann vom Umweltbundesamt, das die Potenziale möglicher CO₂-Speicherung untersucht. Bis dahin könne die neue Technik keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Der jüngste UNO-Klimabericht fordert jedoch schnelles Handeln in den nächsten 10 bis 15 Jahren, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern. Und in genau diesen Jahren werden konventionelle Kohlekraftwerke gebaut, die den hohen Sockel an CO₂-Emissionen für Jahrzehnte zementieren. Für Heffa Schücking, Geschäftsführerin von urgewald, ist Clean Coal deshalb „nur eine Hinhalte-Technologie, um den Kohlesektor weiter auszubauen – mit der vagen Hoffnung auf eine klimafreundlichere Nachrüstung. Doch dann ist die Energiewende schon gescheitert.“

Das Kohlekraftwerk Neurath bei Köln: Mit jährlich über 30 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß wird es die größte Dreckschleuder Europas. Foto: B. Arnold / Greenpeace



²⁴ www.umweltbundesamt.de/klimaschutz/

²⁵ Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Grundsteinlegung BoA in Neurath am 23.8.2007

Das älteste Atomkraftwerk Deutschlands. Trotz massiver Sicherheitsmängel will RWE Biblis A weiter laufen lassen. Foto: S. Vielmo / Greenpeace



DER AUSSTIEG AUS DEM ATOMAUSSTIEG

In Deutschland spekuliert RWE auf einen Regierungswechsel, um seine Atomtechnologie weiter nutzen zu können. Auf seiner Homepage bekundet der Konzern öffentlich: „Wenn also andere politische Mehrheiten das Thema erneut aufgreifen, ist das energiewirtschaftlich durchaus sinnvoll.“¹ Sinnvoll ist es vor allem für die Konzernkasse von RWE, da Atomkraftwerke sehr viel Geld erwirtschaften, wenn sie einmal abgeschrieben sind. Laut einer Analyse des Öko-Instituts für die Heinrich-Böll-Stiftung fahren Atomkonzerne wie RWE Zusatzgewinne ein von durchschnittlich 300 Millionen Euro pro Jahr und Kraftwerksblock.² „Das zeigt, wie die Öffentlichkeit bei der Debatte um Laufzeitverlängerungen hinters Licht geführt wird. Man spielt mit den Sorgen der Bevölkerung wegen der steigenden Energiepreise und des Treibhauseffekts. Tatsächlich geht es darum, den von der Bevölkerungsmehrheit gewollten Atomausstieg aufzuhalten und letztlich umzukehren“, sagt Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich Böll Stiftung.

Mit dem Plan, neue Atomkraftanlagen im europäischen Ausland zu bauen, umgeht RWE bereits den gesetzlich verankerten Atomausstieg in Deutschland.³ Mit dem Ruf nach Laufzeitverlängerung im Allgemeinen und dem konkreten Antrag für Biblis A stellt RWE die Atomkonsensvereinbarung in Frage, die es mit verhandelt und unterschrieben hat. Atomkraft ist kein Heilsbringer zur Rettung des Klimas, selbst wenn viele Medien diese Botschaft der Atomlobby unkritisch weiterverbreiten. Michael Müller, Staatssekretär im Umweltministerium stellt klar: „AKWs sind große Kraftwerke, die weit weg vom Verbraucher extrem kapitalintensiv, unflexibel und völlig überdimensioniert Strom mit einem geringen Wirkungsgrad erzeugen. Außerdem müssen große Reservekapazitäten gegen den Notfall vorgehalten werden. Das ist die Philosophie des vergangenen Jahrhunderts. Solange Unternehmen an der traditionellen Verbundwirtschaft festhalten, so lange wird es keinen Systemwechsel geben. Das ist eine Verschwendungswirtschaft und die abgeschriebenen Atomkraftwerke sind die Grundlage dieser Verschwendung.“⁴

Aktuell liegt der Anteil der Atomkraft an der Stromversorgung in Deutschland bei 26 Prozent. Zum Primärenergieverbrauch (der neben der Stromerzeugung auch den Energieeinsatz für Transport und Heizen umfasst) trägt sie 12 Prozent bei. Wer Klimaschutz will, muss aus der Atomwirtschaft aussteigen. Nur eine grundlegende Energiewende mit effizienter Energieproduktion in kleineren dezentralen Kraftwerkseinheiten ermöglicht eine stetige und langfristige Versorgungssicherheit.

3.1 Biblis A - Bitte abschalten!

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat im März 2007 den Antrag von RWE Power auf Laufzeitverlängerung von Biblis A abgelehnt. Damit ist der Versuch, alte Atomkraftwerke entgegen des Atomkonsens weiter zu betreiben und Milliarden Gewinne ohne Rücksicht auf Gefahren für die Umwelt und Bevölkerung zu erwirtschaften, im ersten Anlauf gescheitert. RWE will gegen die Entscheidung des Bundesumweltministers klagen. Unterstützung bekommt der Konzern von Wirtschaftsminister Michael Glos, der auf ein Rechtsgutachten pocht, obwohl gerade die rechtliche Grundlage so eindeutig ist, dass sogar Bundeskanzlerin Merkel das gesetzlich verankerte Ende von Biblis A akzeptiert – mit den Worten „Ich halte mich an Gesetze“.

Im Juni 2000 beschlossen die rot-grüne Bundesregierung und die vier großen Energiekonzerne nach zähen Verhandlungen das geregelte Auslaufenlassen der Atomenergieerzeugung. Aus der Regellaufzeit von 32 Jahren ergaben sich für jedes der damals 20 Atomkraftwerke bestimmte Strommengen, die vom 1. Januar 2000 bis zur Stilllegung noch erzeugt werden dürfen. Nach dem Prinzip der Strommengenübertragung können Produktionsrechte von einem älteren Kernkraftwerk auf ein jüngeres übertragen werden, um „auf allgemeine Risiken wie terroristische Bedrohungen oder Altersermüdungen (...) sicherheitsgerichtet zu reagieren, indem insbesondere ältere Anlagen noch vor Ablauf ihrer Restlaufzeit vom Netz genommen und ihre Restlaufzeiten auf andere Anlagen übertragen werden.“⁵ Nicht umgekehrt.

1 [www.rwe.de/Kernenergie im Fokus](http://www.rwe.de/Kernenergie%20im%20Fokus)

2 <http://www.oekoinstitut.de/pressepool/pressemitteilungen/dok/415.php>

3 Siehe Kapitel 4.1

4 „Wir sind wie Forrest Gump“ Interview in der Tageszeitung, 20.2.2007

5 Deutscher Bundestag - Drucksache 14/7840

Der RWE-Konzern hat damals durchsetzen können, dass er für den endgültigen Verzicht auf eine Schadensersatzklage wegen der gerichtlich verfügten Stilllegung des AKW Mülheim-Kärlich eine Art Gutschrift erhält. Das Ergebnis dieses Deals: 107,25 Terawattstunden, die RWE auf andere Atomkraftwerke übertragen darf.⁶ Aus diesem Kontingent hat RWE Power im September 2006 beantragt, 30 TWh auf das älteste Atomkraftwerk Deutschlands zu übertragen, auf Biblis A. Es soll bis 2011 statt 2008 laufen. Doch im Atomgesetz steht Biblis A gar nicht in der Liste der Anlagen, auf die das Mülheim-Kärlich-Kontingent übertragen werden darf.⁷ Das stört den Antragsteller jedoch nicht. RWE hat für den Fall der Ablehnung vorgesorgt und gleichzeitig eine Übertragung von 30 TWh aus der für das AKW Emsland verfügbaren Reststrommenge auf Biblis A beantragt. Wer weiß, welche Joker RWE noch im Ärmel hat, um eine Ringstromübertragung zu erreichen. Die Konzerne versuchen mit allen Mitteln, die Strommengen taktisch gut zu verteilen – auch im Hinblick auf mögliche politische Neukonstellationen nach der nächsten Bundestagswahl 2009.

Seit Oktober 2006 steht das Atomkraftwerk Biblis A so wieso still. Es hatte seit der Inbetriebnahme 1974 mehr als 700 Pannen und Betriebsstörungen. 1987 kam es fast zu einer nuklearen Katastrophe, da Kühlwasser in großen Mengen unbemerkt austrat. Doch noch nie ist das Kraftwerk so lange vom Netz gewesen wie seit der Aufdeckung der mehr als 7500 falsch montierten Dübel im Herbst letzten Jahres. Seitdem liefern die Blöcke A und B keinen Strom mehr; rund 1,3 Millionen Megawattstunden fehlen monatlich. Und das soll bis Sommer 2007 so bleiben. „In Hessen gehen die Lichter nicht aus und dies zeigt deutlich, dass es schon längst Alternativen zum Atomstrom gibt“, sagt Ursula Hammann, energiepolitische Sprecherin von Bündnis90/Die Grünen im hessischen Landtag.⁸ RWE sah ironischerweise noch kurz vor dem Dübel-Eklat die Netzstabilität und Versorgungssicherheit durch ein Abschalten von Biblis A gefährdet. Dies sollte ein Argument für den Antrag auf Verlängerung sein! Angeblich könne sonst „an einer strategisch wichtigen Position für den Stromtransport von Nord- nach Süddeutschland ein Nadelöhr entstehen.“⁹ Jetzt hat sich RWE mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Denn unsicherer als die Versorgung ist das Kraftwerk selbst.

Und das kostet. Der außerplanmäßige Stillstand von Biblis hat den RWE-Konzern als Betreiber allein im vierten Quartal 2006 rund 280 Millionen Euro gekostet.¹⁰ RWE musste nach eigenen Angaben Strom zukaufen, um die weggefallenen Erzeugungskapazitäten zu kompensieren. Doch das tat der auffallend positiven Gesamtbilanz der

Stromerzeugung von RWE keinen Abbruch. Skeptiker vermuten, dass der Stillstand von Biblis A der letzte Trumpf von RWE sein könnte, um das AKW bis in die nächste Regierungsperiode hinüber zu retten, mit der Hoffnung auf neuen Verhandlungsspielraum.

„Es ist verwunderlich, dass führende Unternehmen öffentlich und offensiv den eigenen Wort- und Vertragsbruch propagieren können, ohne dass ein Aufschrei der Empörung durch das Land geht“, sagt Gerd Rosenkranz von der Deutschen Umwelthilfe.¹¹ So habe die Bundesregierung RWE die Errichtung einer seit 1989 verlangten verbunkerten Notwarte für Biblis A erlassen, weil der Altreaktor laut Ausstiegsfahrplan spätestens 2008 hätte abgeschaltet werden müssen. „Jetzt sagt RWE: April, April, wir beantragen den Weiterbetrieb – natürlich ohne Notwarte.“ Energieexpertin Regine Richter von urgewald fordert: „Statt die Entscheidung des Umweltministeriums vor Gericht anzufechten, sollte RWE den Pannenreaktor endgültig vom Netz nehmen.“

3.2 Lobby pro Atom

Neben vielen kleineren Störfällen bleibt bei Atomkraftwerken immer das Risiko der epochalen nuklearen Katastrophe. Und nach über einem halben Jahrhundert der kommerziellen Atomenergienutzung ist das Problem des radioaktiven Mülls noch immer ungelöst. Die Atomlobby möchte den Blick davon weglenken. Für sie steht Atomenergie für Sicherheit, niedrige Strompreise, Importunabhängigkeit, Versorgungssicherheit, Beschäftigung, Erfolg auf dem Weltmarkt und – seit neuestem allem voran - für die Rettung des Klimas. Dabei sind alle vorgebrachten Argumente für den Ausstieg aus dem Atomausstieg bei näherer Betrachtung theoretisch und empirisch schwach fundiert. So auch die folgenden Aussagen des Vorstandsvorsitzenden von RWE Power, Jan Zilius.

„Unsere Kernkraftwerke sind sicher!“¹²

Was bedeutet ‚sicher‘? Gefahrenfrei? Die Abwesenheit von Risiko? Bis heute sind an den Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zehntausende Menschen gestorben. Eine Fläche von rund 40.000 Quadratkilometern – die doppelte Größe Hessens - wurde so stark verseucht, dass sie auf Dauer unbewohnbar bleibt. Erst im letzten Jahr hat die Fast-Katastrophe im schwedischen Forsmark wieder die Anfälligkeit der Atomenergienutzung deutlich gemacht. Ein ehemaliger Direktor des Kraftwerks sprach von „reinem Glück“, dass es dort nicht zu einer Kern-

6 www.rwe.com/generator.aspx/rwe-power-icw/biblis

7 ATG, Anlage 3: „Die für das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich aufgeführte Elektrizitätsmenge von 107,25 TWh kann auf die Kernkraftwerke Emsland, Neckarwestheim 2, Isar 2, Brokdorf, Gundremmingen B und C sowie bis zu einer Elektrizitätsmenge von 21,45 TWh auf das Kernkraftwerk Biblis B übertragen werden.“

8 www.gruene-fraktion-hessen.de/cms/presse/dok/169/169467

9 Anlässlich des Laufzeitverlängerungsantrags von Biblis A, 26.9.2006

10 RWE Geschäftsbericht 2006

11 „Argumente für Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken widerlegt“, DUH-Pressemittelung, 29.3.06

12 Die folgenden Zitate nannte Jan Zilius, RWE Power-Vorstandsvorsitzender, in seiner Rede zum Verlängerungsantrag von Kernkraftwerk Biblis A am 26.9.2006.

Ernsthafte Störfälle in RWE-Atomkraftwerken

◆ **Biblis A:**

Am 16.12.1987 kommt es beinahe zu einer nuklearen Katastrophe. Durch ein Leck an einem Ventil gehen 107 Liter radioaktives Kühlwasser verloren - drei Arbeitsschichten lang unbemerkt. Das Auslaufen von größeren Mengen Kühlwasser kann zur Kernschmelze führen.

◆ **Biblis B:**

Am 23.2.1995 tritt radioaktiver Wasserdampf durch einen Riss im Primärkühlsystem aus. Ein Vollabriss der Leitung hätte einen GAU bewirken können.

◆ **Gundremmingen A:**

975 sterben zwei Arbeiter durch austretenden radioaktiven Dampf aus dem Primärkühlkreislauf. 1977 reißen zwei Stromleitungen, so dass 200 Kubikmeter radioaktives Wasser das Gelände so stark verseuchen, dass der Reaktor 1980 still gelegt wird.

◆ **Gundremmingen B:**

Nach einer Studie des Umweltinstituts München häufen sich im Umkreis des Atomkraftwerks Fälle von Krebs infolge der erhöhten radioaktiven Strahlung. Die Kinderkrebsrate im Radius von 15 Kilometern ist signifikant erhöht.¹³

◆ **Gundremmingen C:**

1987/88 lösen verklemmte Vorsteuerventile jeweils die Schnellabschaltung des Reaktors aus. 1998 reißt die Schweißnaht, Kühlwasser tritt aus.

schmelze kam. Deutsche Kraftwerksbetreiber versichern, das könne in Deutschland nicht passieren. Doch die Liste der meldepflichtigen Ereignisse ist lang, besonders bei den vier ältesten Kernkraftwerken.¹³ Heute wären Reaktoren wie Biblis A nicht mehr genehmigungsfähig. Politik und Atomindustrie suggerieren, die deutschen Kraftwerke würden immer auf dem neuesten Stand gehalten. Doch ein erheblicher Teil der Sicherheitsstandards wird bereits beim Bau fixiert und kann nicht nachgerüstet werden.

Auch neuere Atomanlagen können nicht als ‚sicher‘ bezeichnet werden. Denn wie sieht es mit Terrorangriffen aus? Von den 17 Atommeilern in Deutschland ist keiner gegen den gezielten Absturz eines Großflugzeugs geschützt.¹⁵ Die irrwitzige Idee, die Reaktoren bei einem Angriff zu vernebeln, ist als Konzept gescheitert. Atomenergie ist und bleibt eine Hochrisikotechnologie.

Was übrig bleibt, ist der gefährliche Atommüll. Ein strahlendes Erbe für 5000 Generationen. Allein RWE produziert jährlich 1000 Millionen Terrabecquerel hochradioaktive Abfälle.¹⁶ Die Betreiber müssen für die Entsorgung stillgelegter Kraftwerke und eingesetzter Brennelemente zweistellige Milliardensummen zurückstellen. Doch was passiert damit? In Deutschland können RWE und Co. über diese Gelder frei verfügen und sie zur Finanzierung anderer Aktivitäten verwenden. So verfügt die RWE AG über fast 10 Milliarden Euro, die über den Strompreis vom Kunden bezahlt worden sind. Doch ein Endlager ist bis heute nicht gefunden wor-



Rund 70 % der Deutschen wünschen einen Ausstieg aus der Atomenergie – nicht nur Robin Wood.
Foto: Robin Wood

¹³ Biblis A und B, Neckarwestheim-1, Brunsbüttel. Vgl. www.bfs.de/kerntechnik/ereignisse/

¹⁴ Für die Standorte Gundremmingen (RWE), Isar (E.on) und Grafenrheinfeld (E.on) liegt die Krebsrate zusammen um 35 Prozent höher als in weiterer Umgebung.

Vgl. www.bund-nrw.de

¹⁵ „Risiko Restlaufzeit“, Greenpeace-Studie, Juli 2005

¹⁶ Vgl. „Gegen den Strom“, Greenpeace International, April 2005

den, Gorleben wird nur von der CDU/CSU favorisiert. Nicht einmal auf das Suchverfahren konnten sich die Parteien einigen. Atomkraft ist sicher eins: gefährlich.

„Kernenergie wirkt dämpfend auf die Strompreise“

RWE warnt davor, in dieser Legislaturperiode gleich mehrere Kernkraftwerke vom Netz zu nehmen und somit „das Angebot deutlich zu verknappen“, was einer Preissteigerung gleich käme. Nun hat Deutschland 2006 einen Exportüberschuss von 20 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt.¹⁷ Die Zahl hat Brisanz: Sie macht deutlich, wie problemlos der gesetzlich verankerte Atomausstieg zu schaffen ist. Denn der Exportüberschuss war im vergangenen Jahr exakt so groß wie die Erzeugung der drei Atomkraftwerke Biblis A, Neckarwestheim 1 und Brunsbüttel zusammen.¹⁸ Diese Reaktoren, die nach dem Atomkonsens in den kommenden zwei Jahren vom Netz gehen, haben rein rechnerisch nur fürs Ausland produziert. Das Argument der Versorgungslücke geht also ins Leere. Der hohe Strompreis wird nicht fallen, wenn die Meiler länger laufen. Sinkende Preise entstehen nur bei echtem Wettbewerb im Strommarkt.

„Kernenergie senkt die Importabhängigkeit“

Die deutsche Atomindustrie ist zu 100 Prozent abhängig von Uranimporten. Nach Angaben der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) gibt es weltweit 4,7 Millionen Tonnen abbaubare Uranvorkommen, die etwa 65 Jahre reichen. Das Bundesumweltministerium geht sogar nur von 30 bis 40 Jahren aus; somit wäre Uran schneller erschöpft als Erdöl oder Erdgas.¹⁹ Durch die Verknappung schießt der Uranpreis in die Höhe: In den letzten fünf Jahren hat sich der Preis für Uran fast verfünffacht.²⁰ Auf die gravierenden Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen in den Uranabbau-Ländern weist RWE nicht hin. Der Uranerzbergbau und die Aufbereitung hinterlassen gleich am Anfang der atomaren Brennstoffkette Milliarden Tonnen radioaktiver Rückstände unter freiem Himmel. Dazu kommen Wasser-verseuchung und -entzug, Staub, Gase und Abfallprodukte, die die Mär vom ‚sauberen‘ Atomstrom Lüge strafen.

Gorleben: Eine Region stellt sich quer gegen die Atomindustrie. Auf der ganzen Welt gibt es noch keine genehmigte Endlagerstätte für ihren strahlenden Abfall. Foto: .ausgestrahlt

„Kernenergie leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz“

Als Argument für die Laufzeitverlängerung ist der Klimaschutz RWE gut genug. Doch als zeitgleich zur Antragsstellung der Prozess gegen Greenpeace wegen einer Baggerbesetzung im Braunkohletagebau Hambach lief, erklärte RWE dem Gericht, der Klimaeffekt sei nur eine „angenommene Gefahr“, „weder konkret noch gegenwärtig“.²¹ Spätestens nach der Veröffentlichung der IPCC-Berichte (Intergovernmental Panel on Climate Change) in diesem Jahr wurde aus der angenommenen Gefahr eine weltweit anerkannte. Jetzt kann RWE nicht oft genug betonen, Kernenergie sei als CO₂-freier Energieträger die Lösung. Tatsächlich setzt die reine Atomstromerzeugung kaum CO₂ frei, beim Produktionsprozess – wie Kraftwerksbau, Abbau und Anreicherung des Urans – emittiert ein Atomkraftwerk 31,4 Gramm CO₂ pro kWh.²² Dabei sind Kraftwerksrückbau, Atommülllagerung und Sanierung verseuchter Landstriche und Gewässer nicht einbezogen. Doch die Diskussion über Klimaschutz durch einen Ausbau der Atomkraft geht an der Realität vorbei. Dafür müssten laut nuklearen Klimaschutzszenarien etwa 60 neue Atomkraftwerke in Deutschland gebaut werden.²³ Schon eine Laufzeitverlängerung würde als Innovationsbremse für neue Energietechnologien wirken. Sie hätte zur Folge, dass dezentrale und nachhaltige Lösungen verschoben und Investitionen zurückgestellt werden. Atomstrom ist Teil des Problems und nicht Teil der Lösung beim Klimawandel.

„Kernenergie garantiert Netzstabilität“

RWE warnt vor einer Stromlücke nach 2010 durch den Atomausstieg. Doch das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie kommt zu dem Ergebnis, dass weder eine Stromlücke noch ein Überschießen der Treibhausemissionen unausweichlich Folgen des Atomausstiegs sein müssen. Alternativen seien ausreichend vorhanden, realistisch, kostengünstig und sauber – unter der Bedingung, dass



¹⁷ www.vdn-berlin.de/stromaustausch_2006.asp

¹⁸ „Drei AKWs nur für den Stromexport“, taz, 1.3.2007

¹⁹ „Atomkraft: ein teurer Irrweg – Die Mythen der Atomwirtschaft“, BMU 02/2006

²⁰ Uran (U₃O₈) stieg auf 37,50 Dollar je amerikanischem Pfund. Vgl. Greenpeace-Studie „Reichweite der Uranvorräte der Welt“, Januar 2006

²¹ „Die Effizienz-Verweigerer“, in: Klimawandel, Heinrich-Böll-Stiftung, 2006

²² „Treibhausgasemissionen und Vermeidungskostender nuklearen, fossilen und erneuerbaren Strombereitstellung“, Ökoinstitut, März 2007

²³ www.bundestag.de/parlament/gremien/kommissionen/archiv14/ener/schlussbericht/05_1kap51.pdf

erneuerbare Energien ausgebaut werden und die Richtlinie zu Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen wirksam umgesetzt wird.²⁴ Der Ausstieg sei die Chance, den alternativen und erneuerbaren Energien eine echte Chance auf dem Strommarkt einzuräumen.

„Kernenergie sichert Wachstum und Beschäftigung“

Atomkraftwerke haben im Vergleich zur restlichen Energiebranche nur wenig Beschäftigte. Nicht einmal 40.000 Arbeitsplätze bietet die deutsche Atomwirtschaft - in den Anlagen, bei Zulieferern und Dienstleistern sowie im Forschungs- und Entwicklungsbereich. Seit 1989 wird in Deutschland kein neues Atomkraftwerk mehr gebaut. Man muss von Schrumpfung statt von Wachstum sprechen. Im Vergleich dazu arbeiten 214.000 Menschen im Bereich der erneuerbaren Energien.²⁵ Mit einer Wachstumsrate von 36 Prozent gegenüber 2004. Tendenz steigend.

„Deutschland ist keine Insel“

Laut RWE hat sich Deutschland mit seiner „Ausgangsstrategie international weitgehend isoliert“. Länder wie Frankreich oder Finnland bauen neue Atomkraftwerke. Litauen, Slowakei und Bulgarien sind mitten in der Planung. Betrachtet man jedoch die EU-27, so betreiben zwölf Länder gar keine Atomkraftwerke und von den restlichen 15 haben fünf Länder Ausstiegsszenarien. Weltweit betreiben von 191 UNO-Staaten nur 31 Länder Atomkraftwerke. Die großen 6 – USA, Frankreich, Japan, Deutschland, Russland, Südkorea – produzieren etwa 75 Prozent des Atomstroms mit einem zum großen Teil überalterten Kraftwerkspark. Technisch und wirtschaftlich ist die Atomenergie weltweit ein Auslaufmodell. Wenn von einer Renaissance der Atomkraft in einigen Ländern die Rede ist, wird meist verschwiegen, dass dies nur mit staatlicher Unterstützung in Märkten, in denen kaum Wettbewerb herrscht, oder mit Dumpingpreisen möglich ist.²⁶ Die Internationale Energie Agentur (IEA) geht davon aus, dass der Anteil der Atomkraft an der Weltenergieversorgung bis 2030 deutlich sinken wird. Zurzeit liefert sie weniger als 17 Prozent des weltweiten Stromverbrauchs und deckt nur 2 bis 3 Prozent des weltweiten Energiebedarfs.²⁷



²⁴ S. Lechtenböhrer, M. Fishedick: „Atomkraft contra Klimaschutz?“ in E&M, 1.2.2007

²⁵ „Entwicklung der erneuerbaren Energien im Jahr 2006 in Deutschland“, BMU, 02/2007

²⁶ Vgl. Greenpeace „Risiko Atomkraft“, Hintergrundbroschüre, 01/2007

²⁷ www.global2000.at/pages/atom_klimaschutz.htm



November 2006: Russische Umweltschützer blockieren das Tor der Gronauer Firma Urenco, um gegen den Export von Uranmüll in ihre Heimat zu protestieren.
Foto: AntiAtomAktuell

DIE SCHMUTZIGEN AUSLANDSGESCHÄFTE VON RWE

Als multinationaler Konzern beschränkt RWE seine Aktivitäten nicht nur auf Deutschland. Der Konzern ist in seinen Energiesparten Atom und Kohle auch im Ausland tätig, besonders in Großbritannien und Osteuropa.

4.1 Neue Atom-Deals im Ausland?

Auf den Atomausstieg haben sich die deutschen Kernkraftwerksbetreiber nur widerwillig eingelassen und testen mit den Laufzeitverlängerungsanträgen nun alle Lücken des Gesetzes. Darüber hinaus sehen sich RWE und E.on im Ausland um, wo sich Möglichkeiten für Beteiligungen an Atomkraftwerks-Neubauten bieten. Denn obwohl sie sich im Gesetz auf eine Beendigung der Atomkraftnutzung festgelegt haben, wollen sie weiter Atomstrom verkaufen und im Ausland umgehen, wozu sie sich im Inland bereit erklärt haben. So erklärte der Vorstandschef von RWE, Harry Roels, im August 2006 der Zeitung ‚Die Welt‘, dass das Unternehmen Projekte für neue Kernkraftwerke im europäischen Ausland prüfe. Voraussetzung für eine derartige Investition sei jedoch eine öffentliche Akzeptanz der Kernkraft in dem jeweiligen Land.

Beispiel Großbritannien

Im Februar 2007 berichtete die Zeitung ‚The Business‘, dass RWE gemeinsam mit E.on dabei sei, mit dem amerikanischen Kraftwerksbauer Westinghouse einen Vertrag abzuschließen, um in Großbritannien neue Atomkraftwerke zu bauen.¹ Die drei Konzerne wollen sich dem Artikel zufolge vertraglich einigen, bevor die britische Regierung ihr Energieweißbuch voraussichtlich Mitte April veröffentlicht. Das Energieweißbuch ist hoch umstritten, da erwartet wird, dass es den „Pro-Atom Kurs“ der Regierung Blair widerspiegeln wird. Greenpeace hat gegen die Erarbeitung des Weißbuchs geklagt und vom Gericht bestätigt bekommen, dass der von der Regierung durchgeführte Planungsprozess „äußerst mangelhaft“ und „verfahrensrechtlich unfair“ gewesen sei, so Richter Sullivan. Denn die Befragten konnten

über keine konkreten Vorschläge urteilen und die Informationen seien „völlig unzureichend, um intelligent darauf reagieren zu können.“²

Laut Vertrag zwischen RWE, E.on und Westinghouse als Kraftwerksbauer wollen die drei Firmen eine Genehmigung für das Westinghouse Reaktordesign AP 1000 beantragen. Anschließend könnte der Vertrag erweitert werden, um eine Genehmigung für einen konkreten Standort zu erhalten und das neue Atomkraftwerk gemeinsam zu bauen. Westinghouse hielt sich bedeckt, was konkrete Verträge angeht, bestätigte jedoch Gespräche mit allen Unternehmen, die an europäischen Neubauten interessiert seien.³ In Großbritannien sind nach dem letzten, im Auftrag der EU durchgeführten, Eurobarometer 57 Prozent der Menschen der Meinung, dass der Anteil der Atomkraft abnehmen sollte.⁴

Beispiel Rumänien

Der Bau des rumänischen Atomkraftwerk-Komplexes Cernavoda begann Anfang der achtziger Jahre unter Ceausescu, der sich für das kanadische CANDU (CANada Deuterium Uranium) Reaktordesign entschied. Denn in diesem Schwerwasserreaktor kann Natururan als Brennstoff eingesetzt werden, wie es in rumänischen Minen gewonnen wird. Der erste Block wurde 1996 nach über 20 Jahren Bauzeit fertig gestellt. Der Reaktor machte vor allem durch Unfälle und Sicherheitsprobleme während der Bauzeit von sich reden. Darüber hinaus sorgte der Bau für enorme Schulden auf rumänischer Seite, denen die Regierung entkommen wollte, indem sie einen zweiten Block baute, dessen Strom nach Italien oder in andere westeuropäische Länder verkauft werden soll.

Drei Umweltverträglichkeitsstudien wurden für das Projekt durchgeführt, jedoch nur in Zusammenfassungen veröffentlicht. Bereits in diesen wurden zahlreiche Probleme deutlich. Es fanden keine hinreichenden öffentlichen Konsultationen statt und Alternativen zum Projekt wurden

1 Richard Orange: „Power trio set to agree joint UK nuclear bid“, The Business, 21.2.2007

2 SkYNews, „Greenpeace wins nuclear challenge“, 15.2.2007

3 Platts Nuclear News Flashes, 22.2.2007

4 „Attitudes on issues related to EU energy policy“, März 2007 http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/flash_arch_en.htm

nicht untersucht. Die möglichen Folgen eines atomaren Unfalls wurden nicht veröffentlicht, ebenso wenig ein Unfallplan. Was längerfristig mit den atomaren Abfällen passieren soll, ist ebenfalls unklar. Auch das vorhandene Erdbeberisiko wurde systematisch unterschätzt, obwohl nach 1979 drei bedeutende Erdbeben in der Region stattfanden.⁵ Trotz all dieser Probleme wurde Cernavoda 2 im Februar 2007 mit Brennstoff befüllt und soll dieses Jahr beginnen, Strom zu produzieren. Pikant ist, dass kurz vor der Brennstoffbefüllung in Rumänien die kanadische Regulierungsbehörde vorgab, dass in Kanada neue Atomreaktoren terroristischen Anschlägen standhalten können müssen. Experten sind der Meinung, dass die heutigen CANDU-Reaktoren diesen Anforderungen nicht entsprechen und damit in Kanada nicht mehr genehmigungsfähig wären.⁶ Doch dies hält die rumänische Regierung nicht davon ab, den Bau von Cernavoda 3 und 4 zu planen, obwohl Rumänien vor allem bei der Energieeffizienz bedeutendes Potenzial besitzt. An den Bewerbungen für die Erweiterung beteiligt sich auch RWE.⁷ In Rumänien sind nach dem letzten Eurobarometer 64 Prozent der Menschen der Meinung, dass der Anteil der Atomkraft abnehmen sollte.

Beispiel Polen

Im Frühjahr 2006 propagierte Polen Pläne für ein Atomkraftwerk an der Oder. Laut allgemeiner Einschätzung ist diese Ankündigung vor allem dem polnischen Unwillen gegenüber der Ostseepipeline geschuldet, da sie direkte Gaslieferungen von Russland nach Deutschland erlaubt und Polens Bedeutung als Transitland schwächt. Ganz neu sind die polnischen Atompläne jedoch nicht. Schon in dem Grundlagendokument „Energiepolitik Polens bis 2025“ wurde Atomkraft als Variante zur Diversifizierung des Primärenergiespektrums ab 2020 genannt. Dabei scheiterten Pläne für den Bau eines Atomkraftwerks in der Nähe von Danzig in den achtziger Jahren am massiven Widerstand der Bevölkerung. Nach wie vor sind laut Eurobarometer 57 Prozent der Polen und Polinnen der Meinung, dass der Anteil der Atomkraft abnehmen sollte.

Obwohl Standort und Finanzierung für ein mögliches Atomkraftwerk noch völlig unklar sind, meldete RWE bereits Interesse an. ‚Platts Nuclear Week‘ zitiert Quellen, die auf die ähnliche Struktur von Polens Energiemarkt mit dem RWE-Energiemix hinweisen: Viel Stein- und Braunkohle und zukünftig möglicherweise sogar Atomkraft.⁸

Das Atomkraftwerk Cernavoda in Rumänien. RWE bewirbt sich hier um den Bau von zwei neuen Reaktorblöcken, obwohl es sich um ein Erdbebengebiet handelt.
Foto: O. Pasyuk / CEE Bankwatch



5 „Romania – Cernavoda 2 Nuclear Reactor“ in Race to the Bottom, Take II, ECA-Watch 2003
6 „Could reactors withstand blast?“ The Toronto Star, 19.1.2007

7 AFX News, „RWE joins bidding for Romanian nuclear plant extension contract“ 23.7.2006
8 Platts Nuclear Week, Volume 45 / Number 22 / May 26, 2004

Zunächst wird Polen voraussichtlich Erfahrung mit Atomkraft sammeln, indem das Land sich an dem Gemeinschaftsprojekt Ignalina 3 und 4 beteiligt. Dort wollen Litauen, Estland und Lettland auf dem Gelände des litauischen Atomkraftwerks Ignalina zwei neue Atomreaktoren bauen. Eine vorliegende Durchführbarkeits-Studie behauptet, dass das neue Kraftwerk die kostengünstigste Alternative zur Stromerzeugung sei, ohne jedoch die Zahlen offen zu legen, aus denen diese These abgeleitet wird.⁹ Umweltorganisationen der drei Länder warnen, dass eine Festlegung auf den Bau neuer Reaktoren eine nachhaltige Energieversorgung der Region mit erneuerbaren und lokalen Energieträgern sowie mehr Energieeffizienz verhindert.¹⁰

Polen würde den Strom aus Ignalina voraussichtlich weiterverkaufen. Experten gehen davon aus, dass der Export auch der Hauptantriebsgrund hinter den eigenen polnischen Atomplänen ist. Damit ist Polen genau wie Rumänien ein Beispiel dafür, dass die Aussicht auf die Beteiligung ausländischer Unternehmen und dementsprechende Exportperspektiven eine Rolle bei der Entscheidung für Atomkraftwerke spielen kann. Was eine besondere Verantwortung von RWE und anderen Energieversorger für die Entscheidung für oder gegen neue Atomkraftwerke bedeutet.

4.2 Uranmüllexporte nach Russland

Der Konzern RWE ist nicht nur Betreiber von Atomkraftwerken. Er verdient auch an der Urananreicherung. Die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage (UAA) steht in Gronau und wird von der multinationalen Firma Urenco Ltd. betrieben. RWE und E.on besitzen gemeinsam 33,3 Prozent der Anteile dieser Firma.¹¹ Für RWE sitzt Gerd Jäger, Vorstandsmitglied der RWE Power AG, im Aufsichtsrat der Urenco.

In Gronau wird Uranhexafluorid (UF₆) für die Weiterverarbeitung zu Brennelementen angereichert. Dabei fällt massenhaft abgereichertes Uran als strahlendes Abfallprodukt an. Die Urenco – und damit auch RWE – hat in den letzten zehn Jahren aus Gronau mehr als 20.000 Tonnen abgereichertes Uran nach Russland zur Endlagerung geliefert. Statt den Uranmüll an den eigenen Standorten zu verwerten oder endzulagern, schickt Urenco ihn nach Russland, wo er in geheimen Atomanlagen des Militärs für wenig Geld gerne entgegengenommen wird.¹²

Urananreicherungsanlage Gronau

In der UAA Gronau wird Uranhexafluorid für die Weiterverarbeitung zu Brennelementen angereichert. Im Zentrifugenverfahren wird der prozentuale Anteil des spaltbaren Isotops Uran-235 von 0,725 auf 3 bis 6 Prozent erhöht. Seit Jahren protestieren Atomgegner gegen die Anlage, die weltweit Atomkraftwerke beliefert. Mitte der neunziger Jahre ermöglichte die Bundesregierung durch eine zwischenstaatliche Vereinbarung, dass Urenco ihr abgereichertes Uran nach Russland abschieben kann. Inzwischen ist Walter Hohlefelder, früher unter der Regierung Kohl für „Reaktorsicherheit und nukleare Entsorgung“ zuständig, zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Urenco bestellt worden.

Novouralsk im Ural – von Stacheldraht umzäunt und vom Geheimdienst überwacht. Die Bewohner wurden nicht gefragt, als man ihre Stadt zur Müllkippe für Urencos Abfälle erkor. Foto: Ecodefense



Die geschlossenen Atomstädte Russlands sind ein Erbe der Sowjetunion. Sie haben 10.000 bis 300.000 Einwohner und sind komplett mit Stacheldrahtzäunen abgesperrt. Von außen kann sie niemand ohne besondere Erlaubnis des KGB-Nachfolgers FSB oder des russischen Atomministeriums betreten. Und genau in diese Städte schickt die deutsche Urenco ihren radioaktiven Abfall zur Endlagerung.¹³ Es handelt sich um vier Orte am Ural und in Sibirien, die über eigene Urananreicherungsanlagen verfügen. Novouralsk in der Nähe der drittgrößten russischen Stadt Ekaterinburg, Angarsk in der Nähe des Baikalsees bei Irkutsk, Seversk in der Nähe von Tomsk und Zelenogorsk bei Krasnojarsk.

⁹ „New Baltic nuke justification not even paper thin, say NGOs“, Pressemitteilung Atgaja Community, 30.11.2006

¹⁰ „New nuke plans undermine the Baltic energy strategy, say NGOs“, Pressemitteilung Atgaja Community, Latvian Green Movement, 14.2.2007

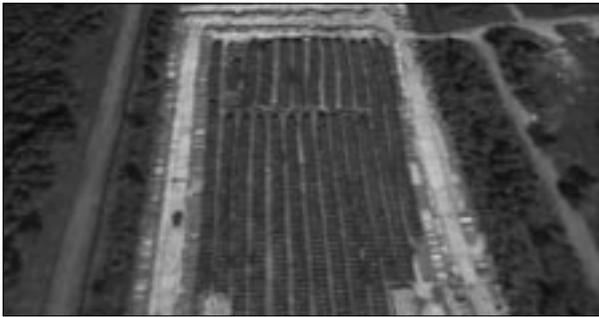
¹¹ E.on und RWE besitzen jeweils 50% an der Zwischenfirma Uranit, die wiederum an der deutsch-britisch-niederländischen Urenco Ltd. 33,3% der Anteile hält.

¹² „Nuclear Waste Transports from Germany to Russia“, Ecodefense, März 2007

¹³ „Russischer Widerstand gegen Gronauer Uranmüll“, Gorleben Rundschau, Februar 2007

Offiziell finden die Transporte unter dem Deckmantel der Wiederanreicherung statt, doch in Wirklichkeit bleiben mehr als 90 Prozent des gelieferten Urans als Abfall auf der offenen Wiese der Atomkombinate liegen. Greenpeace Russland schätzt, dass sogar 98 Prozent des gelieferten Urans in Russland verbleiben. Und da der Urenco-Müll beim Überschreiten der Grenze in russisches Eigentum übergeht, besteht keine Rücknahmeverpflichtung seitens des Konzerns. Während der Gewinn aus diesem Geschäft an die Urenco und wahrscheinlich auch an hochrangige Mitarbeiter von Rosatom, der staatlichen Atomenergieaufsichtsbehörde geht, gefährdet der hochgiftige und radioaktive Müll die Bevölkerung.

Endstation für die Uranfässer der Urenco: Unter freiem Himmel in der geschlossenen Stadt Novouralsk. Foto: Google Earth

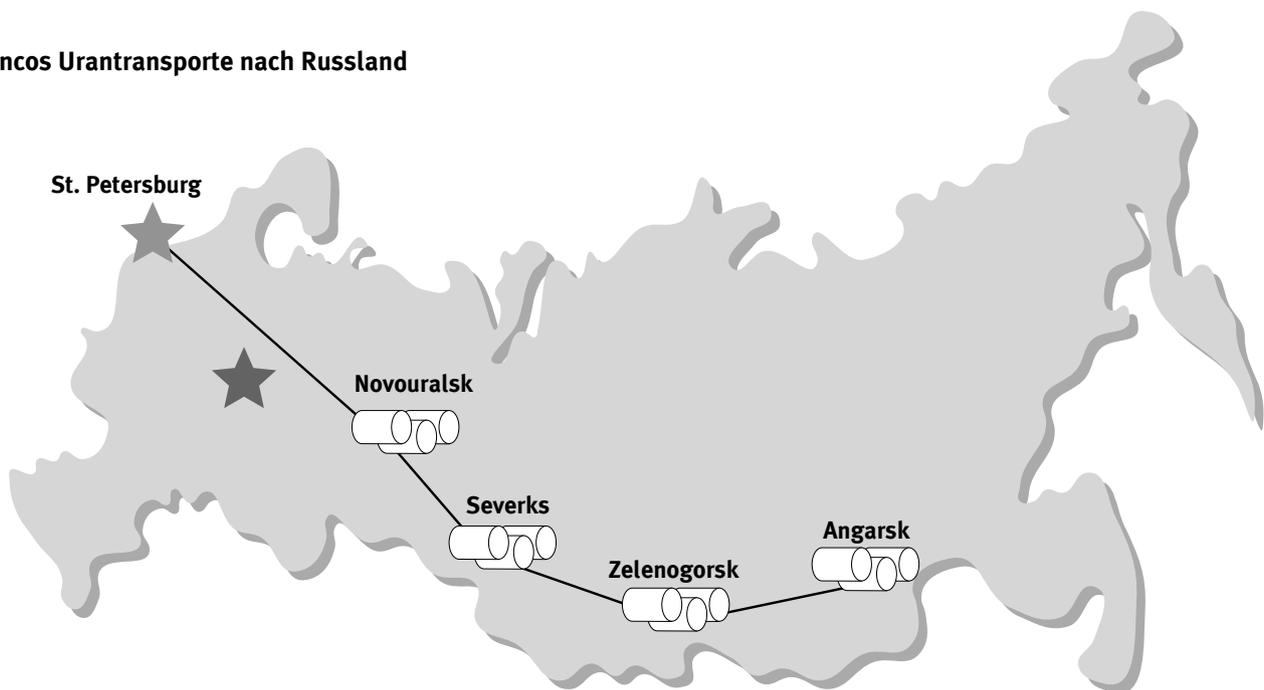


Neben der katastrophalen Lagerung sind auch die Zugtransporte extrem gefährlich. Bei einem Unfall mit anschließendem Brand können die UF₆-Behälter explodieren. Und wenn UF₆ mit Luftfeuchtigkeit in Kontakt kommt, entsteht Fluorwasserstoff, auch Flusssäure genannt. Flusssäure ist aggressiver als Salzsäure und schon in kleinen Mengen tödlich, wenn sie über die Atemwege oder die Haut aufgenommen wird. Da Flusssäure ab einer bestimmten Konzentration in den gasförmigen Zustand übergeht, könnte sie sich bei einem Unfall rasch in der Umgebung verteilen und würde vor allem über die Atemwege aufgenommen. Die UF₆-Transporte führen durch dicht besiedelte Gebiete zu Hauptverkehrszeiten – eine Gefährdung der Bevölkerung auch entlang der Transportstrecke in Deutschland.

Nach unabhängigen Schätzungen würden sich die Produktionskosten der Urenco verfünffachen, wenn sie ihren Atommüll in Deutschland lagern müsste.¹⁴ So bleibt Urenco auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig, während in Russland die strahlenden Müllberge wachsen.

Mittlerweile wehren sich die Menschen in Russland gegen das Geschäft mit dem Uranmüll. Zum 20. Jahrestag von Tschernobyl fanden im April 2006 in 12 russischen Großstädten Proteste gegen den Import von Atommüll statt. Im November 2006 haben russische Umweltschützer aus Mos-

Urencos Urantransporte nach Russland



¹⁴ P.Diehl: „Reenrichment of Western European Depleted Uranium Tails in Russia“, August 2005

kau, Ekaterinburg, Tomsk und Irkutsk bei der Staatsanwaltschaft Münster Strafanzeige gegen die Urenco gestellt, wegen des Verdachts auf illegalen Müllexport nach Russland. „Nach russischen Gesetz ist es verboten, Atom Müll ins Land zu bringen“, erklärt Vladimir Slivyak von der Umweltorganisation Ecodefense. „Trotzdem nutzt die Urenco die poststalinistischen Strukturen in den geschlossenen Atomstädten, um weiter ihr dreckiges Geschäft zu betreiben.“

Dass der Uranmüll in Militäranlagen landet, ist konsequent, denn die Urananreicherung zeigt die Janusköpfigkeit der Atomtechnologie, bei der nicht zwischen ziviler und militärischer Nutzung getrennt werden kann. Nicht umsonst entzündet sich der Streit um das iranische Atomprogramm an der Frage der Urananreicherung. Über diese zivil wie militärisch hochbrisante Technologie verfügt auch die Urenco. Bei einem Zulieferer von Urenco arbeitete der „Vater der pakistanischen Atombombe“ Abdul Qader Khan. Von dort soll er Blaupausen für Zentrifugen zur Urananreicherung gestohlen haben, bevor er sein eigenes Institut bei Islamabad gründete. Khan wird verdächtigt, Ländern wie Iran und Libyen Wissen über Atombomben verkauft zu haben.¹⁵ Das wird in der Diskussion um nukleare Energie zu oft ausgeblendet: Atomkraft und Atomwaffen gehören untrennbar zusammen.

Die Züge mit Uranhexafluorid fahren auch durch deutsche Bahnhöfe. Ein gefährliches Transportgut; bei einem Zugunglück rechnet selbst die Firma Urenco mit Toten. Foto: AntiAtomAktuell



4.3 Braunkohle - hüben wie drüben

Nicht nur in Deutschland setzt RWE auf den Klimakiller Kohle, sondern beteiligt sich auch in anderen Ländern am Ausbau der Braunkohlenutzung. Im August 2006 etwa hat der Konzern sein Interesse am Bau eines neuen 600 Megawatt Kraftwerkblocks im südbulgarischen Braunkohlekraftwerk-Komplex Maritsa Iztok bekundet.¹⁶ Dabei liegt das größte Potenzial Bulgariens in verbesserter Energieeffizienz, wo mit geringen Investitionen große Effekte erzielt werden können. Denn aktuell liegt das Land unter den europäischen Schlusslichtern, was die Effizienz angeht. Außerdem hat Bulgarien große Potenziale für Erneuerbare Energien.

Bulgarien ist nicht das einzige Betätigungsfeld des RWE-Konzerns in osteuropäischen Ländern. RWE Power hält in Ungarn 50,92 Prozent der Anteile der Bergbau- und Kraftwerksgesellschaft Mátrai Erőmű Rt. Sie betreibt das größte Braunkohlekraftwerk Ungarns sowie zwei Tagebaue. Im November 2006 hat RWE angekündigt, auch im ungarischen Visonta ein neues Braunkohlekraftwerk mit einer Nettoleistung von 400 Megawatt errichten sowie den Braunkohlentagebau Bükkábrány ausbauen zu wollen.¹⁷ In Ungarn hat RWE Power bei der Ankündigung gleich unmissverständlich verdeutlicht, dass die Voraussetzung für die Realisierung des Projekts verlässliche politische Rahmenbedingungen seien. Hierzu gehöre vor allem, dass bei der Ausgestaltung des Nationalen Allokationsplans für die zweite Handelsperiode von 2008 bis 2012 eine ausreichende Zuteilung von Emissionszertifikaten für die nächsten 14 Jahre sichergestellt wird. Forderungen, die dem Muster des Konzerns in Deutschland entsprechen.

Kundgebung in Ekaterinburg 2005: „Der Ural ist keine nukleare Abfalldeponie für ausländisches Uran“. Foto: Ecodefense



¹⁵ vgl. www.ipnw-hamburg.de/2004-01.html

¹⁶ Dnevnik „Germany's RWE ready to invest 800 mln euro in new Maritsa Iztok capacity“, 21.8.2006

¹⁷ „RWE: Neues Braunkohlenkraftwerk mit 400 MW Leistung in Ungarn geplant“, 17.11.2006, http://www.co2-handel.de/article38_3709.html



STROMMARKT – MACHTMISSBRAUCH DER PLATZHIRSCHE

In Deutschland verbrauchen 50 Millionen Haushalte und Unternehmen jährlich um die 600 Milliarden KWh Strom. Den meisten Strom, rund 230 Milliarden KWh, liefert RWE an die Endverbraucher.¹ Die vier Marktführer – RWE, E.on, EnBW und Vattenfall – beherrschen über 80 Prozent der Kraftwerkskapazitäten und 95 Prozent der Stromnetze in Deutschland. Sie verkaufen nur knapp die Hälfte ihres Stroms direkt, sind aber an vielen Stadtwerken und regionalen Versorgern beteiligt. Sie bestimmen die Preise, die Regeln, den Markt.

RWE ist beim Strom nicht nur Erzeuger, sondern auch Händler sowie Netz- und Vertriebsgesellschaft. Positiv betrachtet kann RWE so Synergien besser nutzen. Tatsächlich bedeutet dies eine lückenlose Ausnutzung der bestehenden Strukturen zum eigenen Vorteil. Denn wer seine eigene Konkurrenz ist, hat keine Konkurrenz zu fürchten. Die „Großen Vier“ haben ihre Gebietsmonopole unter sich aufgeteilt. Keiner kommt dem anderen ins Gehege. Und wagt sich ein Eindringling vor, verteidigen die Platzhirsche ihr Revier mit allen Mitteln. Mit Drohgebärden, Machtkämpfen und guten Kontakten ins Forsthaus ‚Politik‘.

Was fehlt sind neue Produzenten, die dezentrale Kraftwerke in Deutschland betreiben, unabhängige Netze mit fairen Durchleitungsgebühren und ein freier Strommarkt mit echten Wettbewerbschancen. Die Strompreise haben sowohl für die privaten Verbraucher als auch für die Unternehmen eine Schmerzgrenze erreicht.

5.1 Strompreise - außer Kontrolle

Die Strompreise in Deutschland gehören zu den höchsten in Europa. Nur in Ländern mit extrem hohen Stromsteuern wie zum Beispiel den Niederlanden muss mehr bezahlt werden. Ein Drei-Personen-Haushalt in Deutschland zahlt

durchschnittlich 684 Euro im Jahr für Strom, fast 200 Euro mehr als im Jahr 2000.² Tief in die Tasche greifen müssen auch die Industrieunternehmen; sie zahlen den dritthöchsten Preis unter den westeuropäischen Ländern.³ Ein Ende der Preisspirale ist nicht in Sicht.

Dabei sanken die Preise nach der Liberalisierung des Strommarkts 1998 erst einmal und brachten den Privatkunden eine Ersparnis von bis zu 30 Prozent; die Industrie konnte sogar Verträge aushandeln, die bis zu 70 Prozent unter den alten Tarifen lagen.⁴ Doch die Euphorie hielt nicht lange an. Schnell hatten sich die marktbeherrschenden Konzerne auf die neue Situation eingestellt. Sie schlossen Fusionen ab mit weit reichenden Folgen für den Wettbewerb. RWE fusionierte mit VEW zum zweitgrößten Energiekonzern Deutschlands. Aus Viag und Veba entstand trotz massiver wettbewerbsrechtlicher Einwände die E.on AG, mittlerweile Europas größter Versorger. Der schwedische Staatskonzern Vattenfall übernahm die Bewag, die Veag sowie die Hamburgischen Elektrizitätswerke HEW. Der französische Monopolist EdF kaufte sich bei EnBW ein. Der Markt war wieder aufgeteilt, Preise und Gewinne kletterten nach oben. Ohne wirksame Kontrolle. Erst 2005 wurde die Bundesnetzagentur eingeführt, als fast alle EU-Nachbarn schon längst eine Regulierungsbehörde hatten.⁵

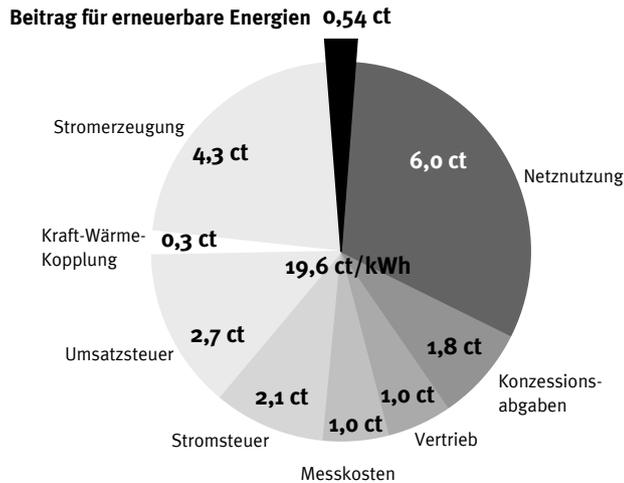
RWE betont in seinem Geschäftsbericht, dass neben den höheren Strombeschaffungskosten die Belastungen aus dem Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien (EEG) schuld seien an den hohen Strompreisen. Doch laut Bundesverband Erneuerbare Energie macht der Beitrag für das EEG nur 2,75 Prozent des Haushaltsstroms im Jahr 2005 aus. Die größten Anteile haben die Netznutzung mit 30,6 Prozent und die Stromerzeugung mit 22 Prozent.

1 Von 312 TWh Strom setzt RWE 74 Prozent in Deutschland ab.
2 nach Angaben des Verbands der Elektrizitätswerke (VDEW): www.vdew.de
3 7,17 Cent/KWh in der Leistungskategorie 50 Megawatt. Vgl. EID-Studie 2006

4 „Ganz schön bedient“, neue energie 07/2005
5 Die Regulierungsbehörde für Post und Kommunikation wurde 2005 zur Bundesnetzagentur und ist seitdem auch für Strom- und Gasnetze zuständig.

Erneuerbare Energien haben kaum Anteil am Strompreis

Zusammensetzung der Kosten für Haushaltsstrom (19,6 ct/kWh)



Der EEG-Anteil fällt seit 2005 sogar wieder: 2006 auf 0,50 Cent/KWh und 2007 auf 0,45 Cent/KWh.

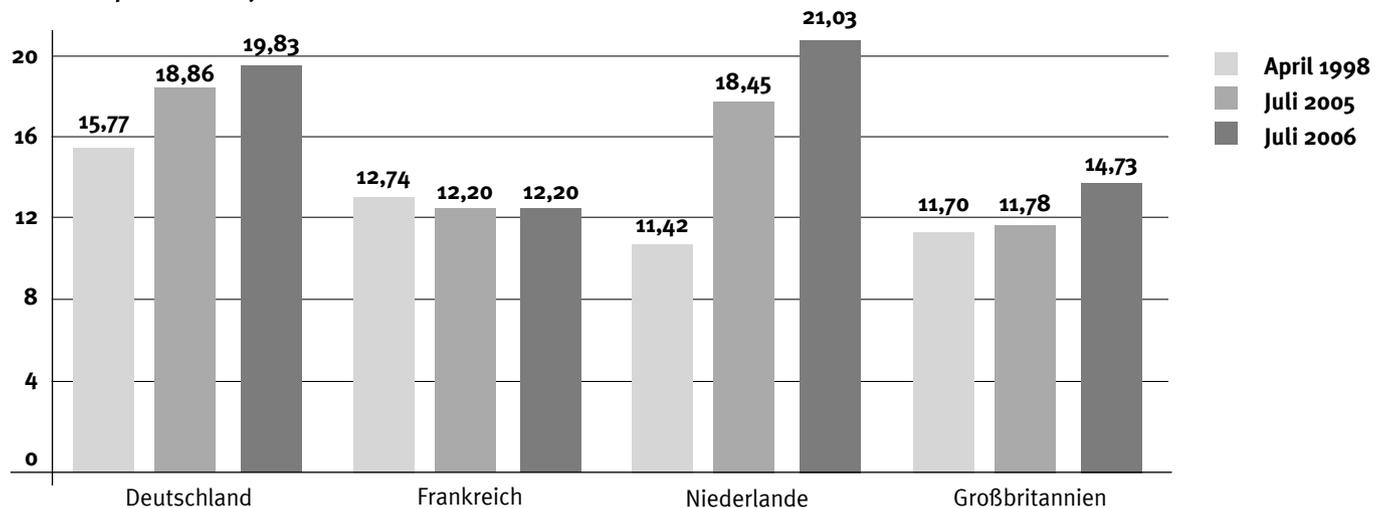
Quelle: BEE, 2005

Die Herstellungskosten haben dabei wenig mit dem Strompreis zu tun: RWE hat nach eigenen Angaben aktuelle Erzeugungskosten für eine Kilowattstunde von durchschnittlich 2,4 Cent. An der Leipziger Strombörse (EEX) liegt der Großhandelspreis allerdings zwischen 5,5 bis 6,5 Cent. „Das heißt, dass die Börsenpreise deutlich übersteuert sind. Sie liegen um 100 Prozent über den tatsächlichen Stromherstellungskosten. Die Verbraucher werden ausgenommen wie die Weihnachtsgans“, sagt Aribert Peters vom Bund der Energieverbraucher.

5.2 Strombörse - Marktplatz für Manipulationen

Wissen ist Macht. Davon profitieren die großen Stromkonzerne an der Strombörse EEX, wenn sie dort Strom verkaufen und zugleich kaufen. Anders als z. B. an der skandinavischen Strombörse kennen nur sie die aktuelle Menge Strom, die ihre Kraftwerke produzieren, und können dieses Wissen zu barer Münze machen. Fällt ein Kraftwerk aus, schnellst der Preis für die Megawattstunde um einige Euro nach oben. Nur Insider können vorher noch günstigen Strom kaufen, um ihn später teuer zu verkaufen. Die Strombörse veröffentlicht zwar seit Anfang 2007 im Rahmen einer ‚Transparenzinitiative‘ Daten über Kraftwerkskapazitäten, doch die Händler kritisieren, dass dies viel zu spät für den Handel geschehe. Außerdem sei auf die Angaben, die auf einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Stromkonzerne beruhen, nicht immer Verlass. Christian Kunze von Powermonitor hat ein Verfahren entwickelt, um die tatsächliche Auslastung der Kraftwerke zu messen, indem er Geräte in der Nähe der Kraftwerke installiert.⁶ Er kennt etliche Fälle, in denen seine Messergebnisse nicht mit den Angaben der Betreiber übereinstimmen: „Da kommt man schon ins Grübeln, ob der Markt vielleicht gezielt falsch informiert wird.“

Strompreis in Cent je Kilowattstunde*



* Endkundenpreis je Kilowattstunde für Haushalte mit 3500 kWh Verbrauch im Jahr

Quelle: EID/F.A.Z.-Grafik

⁶ Über eine Magnetfeld-Messung (Elektrosmog) kann Powermonitor auf die Erzeugung eines Kraftwerkes schließen, ohne dabei direkt mit den Leitungen verbunden zu sein. Siehe www.powermonitor.org

Falsch informiert fühlt sich auch der Industrieverband VIK, der schon vor Jahren vor Preisabsprachen und gegenseitigen Verkäufen auf dem engen Strommarkt an der Börse warnte. Mit einem Gutachten der TU Dresden belegt der VIK, dass Stromkonzerne wie RWE ihre Marktmacht nutzen, um erhöhte Preise durchzusetzen.⁷ Zwischen 2005 und Mitte 2006 hätten die Preise an der EEX zwischen 20 bis 30 Prozent über den Preisen gelegen, die unter Wettbewerbsbedingungen zu erwarten wären. Christian von Hirschhausen, Autor der Studie, hat dafür zwei Erklärungen: „Entweder halten die Stromkonzerne Kraftwerksleistungen bewusst zurück oder sie speisen sie zu überhöhten Preisen ein, um die Gewinne zu steigern.“

In jedem ‚normalen‘ Markt würde die Nachfrage bei verknapptem und überteuertem Angebot stagnieren, nicht aber im Strommarkt. Am stärksten davon betroffen sind die kleinen Verbraucher und mittelständischen Industriebetriebe. Nur die Großindustrie kann individuelle Rabatte aushandeln. Die Energiekonzerne verhindern damit, dass die Industrie sich selbst Kraftwerke für ihre Stromproduktion baut.

Das Problem der künstlich in die Höhe getriebenen Preise ist nicht neu, bisher fehlten aber konkrete Beweise, um die Stromkonzerne zu überführen. Das könnte die im Februar 2007 anonym verschickte E-Mail mit detaillierten Handelsdaten der EEX ändern. Sie listet alle Transaktionen der Strombörse von März 2005 bis Dezember 2006 auf – bisher streng gehütetes Insiderwissen. RWE steht seit der Veröffentlichung besonders in der Kritik, weil die Daten den größten Produzenten RWE zugleich als größten Einzelkäufer für das Jahr 2006 ausweisen, berichtet ‚Der Spiegel‘.⁸ Kritiker vermuten, RWE hätte damit Raum für Manipulationen. Der Konzern weist den Vorwurf von sich, doch dem Bundeskartellamt und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht liegen die Daten zur Prüfung vor. Auch die Leipziger Staatsanwaltschaft ermittelt – allerdings gegen den Versender der Mail.

Fakt ist, dass die Handelsware Strom an der Börse virtuell mehrfach den Besitzer wechselt, bevor sie den Endkunden erreicht. Der RWE-Konzern hat nach eigenen Angaben seinen Strom aus Eigenproduktion und Bezugsrechten 2006 in einer Höhe von 165 Milliarden KWh vermarktet. Laut ‚Berliner Zeitung‘ setzte die RWE-Tradingtochter allerdings 900 Milliarden KWh auf dem europäischen Markt um.⁹ Eine Differenz, die zu denken gibt. Es wird also heftig gezockt und nebenbei auch immer schwieriger, die Herkunft von gehandeltem Strom nachzuvollziehen. Laut Greenpeace ist mindestens ein Viertel des verkauften RWE-Stroms solcher ‚Graustrom‘.¹⁰

In Leipzig werden nur 16 Prozent des deutschen Strombedarfs gehandelt, aber an diesem Börsenpreis orientiert sich der Marktwert der übrigen 84 Prozent Strom, die bilateral über das Telefon verkauft werden. Die Stromkonzerne haben es relativ leicht, den Börsenpreis auf einem überschaubaren Markt in die Höhe zu treiben. Fair ist das wohl nicht, aber die Wettbewerbshüter interessiert im Moment nur, ob der Handel regelkonform abläuft.

5.3 Teurer Strom - durch Treibhausgase

Ob Wetter, erneuerbare Energien oder gestiegene Gas- und Ölkosten - die Stromkonzerne finden immer Gründe für Preiserhöhungen. Neu dazugekommen sind seit 2005 die Zertifikatskosten für Treibhausgase. Sie kosten die Konzerne eine unglaubliche Summe: nichts. Mit der kostenlosen Verteilung der CO₂-Zertifikate wollte die Bundesregierung die Stromkonzerne für dieses Instrument gewinnen und Strompreiserhöhungen ausschließen. Sie unterschätzte dabei die buchhalterische Kreativität der Energiebranche, die den Marktwert der geschenkten Rechte als fiktive Kosten ihren Kunden in Rechnung stellte.

Rund fünf Milliarden Euro Mehrerlöse pro Jahr habe die deutsche Stromwirtschaft mit der Einpreisung von Emissionsrechten missbräuchlich erzielen können, errechnete der Industrieverband VIK.¹¹ Auf die privaten Haushalte entfielen davon 1,4 Milliarden Euro Mehrbelastungen. 2005 ist der Strompreis für Unternehmen geradezu explodiert - von 33 Euro pro MWh auf über 43 Euro. Fünf Industrieverbände und ein Stromhändler beschwerten sich daraufhin beim Bundeskartellamt, das mit Abmahnungen gegen RWE und E.on reagierte. Keine andere Industriebranche könne CO₂-Kosten auf ihre Kunden abwälzen. Das Duopol hätte seine marktbeherrschende Stellung und den fehlenden Wettbewerb ausgenutzt, so die Begründung.

Der Beweis: Der ungerechtfertigte Preiszuschlag bei RWE lag nach VIK-Angaben bei 9,3 Euro pro MWh, was 22 Prozent des Großhandelspreises 2005 ausmachte. Bei der Vermarktung der Stromproduktion zu diesen Konditionen erzielte RWE in nur einem Jahr einen so genannten Windfall-Profit von 1,8 Milliarden Euro. Windfall-Profits sind Vermögenszuwächse, die Unternehmen oder Personen ohne eigenes Zutun erhalten und werden als „unverhoffte Gewinne“ bezeichnet – wie etwa Lottogewinne. In diesem Fall hat RWE ‚sechs Richtige‘ und der Kunde das Nachsehen.

7 „Preisbildung und Marktmacht auf den Elektrizitätsmärkten in Deutschland“, VIK – Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V., Januar 2007

8 „Kartell der Preistreiber“, Der Spiegel, 11/2007

9 „Umsätze weit über Bedarf“, Berliner Zeitung, 14.3.2007

10 „Gegen den Strom“, Greenpeace, April 2005

11 „Strombörse erhält 5 Mrd. Windfall-Profits von der Politik“, VIK, 21.9.2005



RWE steht immer noch öffentlich für die Praxis der Zertifikate-Einpreisung ein und wirft Kritikern – wie Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskartellamt – vor, die „Grundlagen der wettbewerblichen Preisbildung auf dem Strommarkt“ zu ignorieren.¹² Dabei missachten die Energiekonzerne selbst einfache marktwirtschaftliche Grundlagen, wie die Studie der TU Dresden im Auftrag der VIK zeigt: RWE und Co. geben die Kostensteigerungen der Zertifikate stärker weiter als die Kostensenkungen. Diese asymmetrische Einpreisung „ist nur möglich, wenn der Großhandelspreis nicht vollständig wettbewerblich strukturiert ist.“¹³ Das heißt: Steigen die CO₂-Preise, steigt der Strompreis. Sinken sie auf Kellerniveau, bleibt der Strompreis noch lange im Dachgeschoss. Mit diesem Ergebnis kann der Emissionshandel nicht mehr länger als Alibi für Strompreiserhöhungen gelten.

5.4 Duopol RWE und E.on – ohne Wettbewerb

RWE ist mit E.on auf dem deutschen Strommarkt marktbeherrschend, da zwischen beiden Unternehmen kein wesentlicher Wettbewerb stattfindet und sie im Verhältnis zu anderen Wettbewerbern eine überragende Marktstellung innehaben. Zu diesem Ergebnis kommt das Bundeskartellamt im März 2007 bei seiner Prüfung zur geplanten Übernahme von SaarFerngas durch RWE Energy.¹⁴ Die Frage, ob RWE und E.on ein mächtiges Duopol bilden oder nicht, spielt insofern für die Kartellwächter eine bedeutende Rolle, als E.on zu 20 Prozent an SaarFerngas beteiligt ist. Würde RWE das regionale Ferngasunternehmen zu 77 Prozent übernehmen, käme es durch den Zusammenschluss zu starken Marktverschließungseffekten, weswegen das Kartellamt auch die Übernahme untersagt hat. RWE legte im März 2007 dagegen Beschwerde vor Gericht ein.

RWE und E.on weisen den Vorwurf, ein Duopol zu bilden, immer wieder von sich.¹⁵ Doch einige Tatsachen sind nicht zu übersehen: Beide Konzerne erzeugen rund 60 Prozent der deutschen Nettostrommenge, verfügen über die meisten Kraftwerke, halten zusammen rund 210 Beteiligungen an Stadtwerken und Regionalversorgern und kontrollieren zwischen 50 bis 70 Prozent der Stromspannungsnetze. Das bedeutet für den Wettbewerb:¹⁶

RWE macht Treibhausgase zum Geschäft und der Kunde darf zahlen. Foto: J. Hardy

¹² RWE Geschäftsbericht 2006

¹³ „Preisbildung und Marktmacht auf den Elektrizitätsmärkten in Deutschland“, VIK – Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V., Januar 2007

¹⁴ Beschluss Verwaltungsverfahren vom 12.3.2007, Bundeskartellamt,

8. Beschlussabteilg., B8-40000-U-62/06

¹⁵ Stellungnahme vom 16.9.2005 zur Abmahnung des Bundeskartellamts. Vgl. auch Sachstandsrapport des Bundeskartellamts B8-88/05-1/2 vom 20.3.2006

¹⁶ Vgl. vor allem Bundeskartellamt, B8-40000-U-62/06

◆ Im Vergleich zu anderen Wettbewerbern, auch zu EnBW und Vattenfall, haben RWE und E.on Ressourcenvorteile wie einen größeren Kraftwerkspark, mehr Übertragungsnetze und eine höhere Finanzkraft.

◆ RWE und E.on haben darüber hinaus einen besseren Zugang zu den Beschaffungsmärkten, z. B. durch langfristige Bezugsverträge mit Kraftwerksbetreibern oder durch günstige Stromimporte an den konzernerigen Netzkuppelstellen. Und sie haben einen besseren Zugang zu den Absatzmärkten aufgrund Jahrzehnte alter Lieferantenbeziehungen.

◆ Durch die vielen Minderheitsbeteiligungen profitieren RWE und E.on zusätzlich von den Gewinnen der kleineren Versorger. Und noch viel wichtiger: Sie sichern sich ihren Absatzmarkt. Über die beteiligten Versorger können sie den Absatz der eigenen Stromkapazitäten frühzeitig kalkulieren und festlegen.

◆ Auch personelle und kapitalbezogene Verflechtungen fördern nicht gerade den Wettbewerb. Im Gegenteil: RWE und E.on haben an 13 weiterverteilenden Versorgungsunternehmen gemeinsame Beteiligungen und damit gemeinsame Interessen. Zusätzliche Verflechtungen bestehen neben dem Steinkohlekraftwerk in Rostock bei den Kernkraftwerken Gundremmingen und Emsland/Lingen sowie den Steinkohlekraftwerken, die die STEAG betreibt, an der wiederum RWE und E.on über die Ruhrkohle (RWE zu 21,9 Prozent, E.on zu 39,2 Prozent) beteiligt sind.

Und wagt sich ein Wettbewerber doch einmal in das Revier der beiden Marktherrscher, bauen RWE und E.on strategische Marktschranken auf. Das Bundeskartellamt berichtet von Fällen, bei denen der Netzanschluss für neue Kapazitäten zwar ermöglicht wurde, jedoch gleichzeitig mit dem „Hinweis auf notwendige Netzerweiterungen“ hohe und belastende Anschlusspreise gefordert wurden. Und bevor ein Weiterverteiler, wie z. B. ein Stadtwerk, eigene Anlagen zur Stromerzeugung baut, bieten ihm etablierte Konzerne wie RWE oder E.on Beteiligungen an den eigenen Kapazitäten an, damit sie weiter die Kontrolle über die Strommengen und -preise haben.¹⁷

Ein funktionierender Wettbewerb sieht anders aus. Vielmehr ergibt sich aus der Marktmacht der vier großen Stromerzeuger und besonders des Duopols von RWE und E.on ein de facto Preisdiktat. RWE und E.on verkaufen laut VIK-Studie ihren Strom doppelt so hoch am Markt als es die Grenzkosten erlauben würden.¹⁸ Die Ergebnisse

belegen „das hohe Marktmachtpotential bei wenigen Anbietern, insbesondere im dominanten Duopol.“¹⁹ Mehr Wettbewerb hätte eindeutig einen dämpfenden Einfluss auf die Strompreise, so die Autoren. „Doch Konzerne wie RWE verhindern fairen Wettbewerb und tun alles, um die verkrusteten Strukturen im derzeitigen Stromsystem zu halten“, sagt Trudel Meier-Staude, Energieexpertin von projekt 21plus, Agentur für Ökostromwechsel. „Stromerzeuger brauchen ein gleichberechtigtes Spielfeld, damit sich auf lange Sicht die effizientesten durchsetzen können.“

5.5 Goldader Transportnetz

Durch diese Adern fließt viel Geld. Wer Strom- und Gasnetze besitzt, kann über die Höhe der Netzentgelte bestimmen, die mit mehr als 30 Prozent den größten Anteil am Strompreis ausmachen. Genau dort erzielen die Konzerne hohe Renditen. Das Netzmonopol ist fest in der Hand von RWE, E.on, Vattenfall und EnBW. Die vier Großen kassieren jährlich rund 18 Milliarden Euro für die Netznutzung, vernachlässigen aber Netzausbau und –erhaltung mit Investitionen von nur zwei Milliarden Euro.²⁰ Mit 175.000 Kilometern besitzt RWE Energy das längste Transportnetz in Deutschland.

Da die Konzerne zugleich Energieerzeuger und Netzhaber sind, verlangen sie oft überhöhte Durchleitungsgebühren, bemängeln Kritiker. Neue Anbieter werden so aus dem Markt gedrängt. Obwohl nach der Liberalisierung des Strommarkts einige Anbieter ihr Glück versuchten, haben nur wenige den Endkundenwettbewerb überlebt. Es ist kein Ausnahmefall, wenn ein neuer Anbieter trotz gesetzlicher Regelungen Probleme mit dem Netzanschluss hat oder bei hoher Netzauslastung sogar zur vorübergehenden Abschaltung seiner Anlagen gezwungen wird.²¹

Zaubertüte Netzentgelte?

Obwohl die Netze größtenteils schon Jahrzehnte alt sind, lassen sich die Stromkonzerne dafür gut bezahlen. Seit 2005 prüft die Bundesnetzagentur die beantragten Netzentgelte und kürzt bei RWE im zweistelligen Bereich: Die Behörde hat bei der RWE-Tochter Rhein-Ruhr die beantragten Stromnetztarife um 11 Prozent, die beantragten Gasnetzentgelte um 19 Prozent gekürzt. Im vergangenen Oktober wurden 26 Prozent der Entgelte des Schwesterunternehmens RWE Westfalen-Weser-Ems Verteilnetz GmbH nicht anerkannt. Und RWE Transportnetzstrom muss die Kosten um 9 Prozent senken. Als Resultat dieser Kürzungen erwartet RWE nach eigenen Angaben für 2007 Umsatzverluste von 600 Millionen Euro.²²

¹⁷ ebda.

¹⁸ Grenzkosten entsprechen den Erzeugungskosten des jeweils teuersten zur Befriedigung des aktuellen Strombedarfs eingesetzten Kraftwerks.

¹⁹ „Preisbildung und Marktmacht auf den Elektrizitätsmärkten in Deutschland“, VIK – Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V., Januar 2007

²⁰ „Netzagentur entscheidet erstmals über Netzentgelte“, Bund der Energieverbraucher, Mitteilung, 12.6.2006. RWE weist wie auch E.on sein Anlagevermögen nicht separat nach Kraftwerken und Netzen aus.

²¹ vgl. Deutscher Bundestag – Drucksache 16/2678 sowie www.projekt21plus.de

²² RWE Geschäftsbericht 2006

600 Millionen Euro Verlust? Was stutzig macht, ist die Tatsache, dass RWE keine Klage einreichen will. Bisher haben RWE und E.on gegen fast jede Entscheidung, die zum finanziellen Nachteil führte, geklagt. Wenn der RWE-Konzern tatsächlich Einnahmeverluste in dreistelliger Millionenhöhe erwartet, und nicht dagegen klagt, verletzt er damit die Interessen der Aktionäre. Doch die bleiben ebenso stumm wie die Analysten. Es fehlt eindeutig der Beleg, dass es sich um realen Gewinnverlust handelt, denn keiner kennt die wahre Kostenseite. „Die Netzbetreiber bekommen über die Netzentgelte Kosten zurück, die sie nie gehabt haben, sie können Abschreibungen geltend machen, die sie nie gehabt haben, und sie kommen auf Werte, die sie nie eingesetzt haben“, sagt der Wirtschaftswissenschaftler Lorenz Jarass.²³ Kurz: „Da ist noch viel Luft vorhanden“, wie Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur, es ausdrückt. Wohl zu viel Luft für einen Rechtsstreit. Verbraucherschützer verlangen Netzentgeltkürzungen um 30 Prozent, vorher sei kein wettbewerbtaugliches Niveau erreicht.

5.6 EU fordert Trennung von Netz und Produktion

Geht es nach der EU-Kommission, sollen Netzbetrieb und Stromerzeugung bald voneinander getrennt werden. Fast jeder zweite EU-Mitgliedsstaat hat das Stromnetz bereits eigentumsrechtlich entflochten. Brüssel fordert dies auch von Deutschland – für mehr Wettbewerb und sinkende Strompreise. Energieökonomien plädieren schon lange dafür, jetzt machen sich auch Politik und Wirtschaft dafür stark.

Am stärksten davon betroffen wäre in Deutschland RWE als Besitzer eines Drittels aller deutschen Netze. Die Verteilernetze für Strom und Gas sind unter dem RWE-Dach (RWE Energy) bereits jeweils in einer eigenständigen Gesellschaft gebündelt. Damit sind Produktion und Netz gesellschaftsrechtlich entflochten, nicht jedoch eigentumsrechtlich. Setzt sich die EU gegen den Widerstand von Deutschland und Frankreich durch, würde RWE einen Teil seines lukrativen Geschäfts verlieren, was sich negativ auf den Aktienkurs niederschlagen würde – ein Grund für den großen Widerstand von RWE gegen die EU-Pläne.

Dabei stellt sich sogar die Deutsche Bank auf die Seite der EU und fordert in einer Studie die Entflechtung der Energiekonzerne. Diese empören sich, die strenge eigentumsrechtliche Entflechtung käme einer Enteignung gleich. „Ein Teil der Wahrheit ist aber, dass die jahrzehntelange Akkumulation von Kapital – auch für den Ausbau der Netze

- nicht zuletzt deshalb zustande kam, weil in Deutschland kein Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten stattfand, also so genannte ‚Monopolrenditen‘ erwirtschaftet werden konnten. Insofern erscheint die Eigentumsfrage, die zunächst ein schlagendes Argument ist, in einem anderen Lichte.“²⁴ Die Studie warnt vor Unterinvestitionen und Versorgungsengpässen durch das Fehlen eines echten Binnenmarktes. Die Preise auf dem nicht funktionsfähigen Markt könnten zu Fehlentwicklungen und Fehlinvestitionen führen. Der Autor der Studie, Josef Auer von Deutsche Bank Research, hält allerdings eine ‚weiche Variante‘ der Trennung für realistischer.

Dass die Netze über kurz oder lang wackeln werden, zeigt die Einsicht der großen Versorger, dass sie ihre Fast-Monopole nicht halten werden können: Hinter geschlossenen Türen wird über die Einführung einer europäischen Netzverwaltungsgesellschaft diskutiert. Die Verbände der Energiewirtschaft arbeiten an einer tragfähigen Position, äußern sich jedoch nicht öffentlich.²⁵ Im Geschäftsbericht 2006 schreibt RWE, ein eigentumsrechtliches ‚Unbundling‘ führt aus Sicht des Konzerns „nicht zu mehr Wettbewerb. Außerdem gewähren wir bereits einen diskriminierungsfreien Zugang zu unseren Netzen“. Da sind viele Projektierer von Neuanlagen und die EU-Kommission allerdings ganz anderer Meinung.

Noch hat RWE die Netze in der Hand. Foto: J. Hardy



²³ Vgl. „Zählermiete“, ZDF – Frontal 21, 31.10.2006

²⁴ „EU-Energiepolitik: Höchste Zeit zu handeln!“, Deutsche Bank Research, EU-Monitor 44, 5.3.2007

²⁵ „EU-Kommission beharrt auf Zerschlagung von Energieriesen“, Reuters, 6.3.2007

Brüssel ermittelt gegen RWE

Schon seit längerer Zeit versucht die EU-Kommission, den Machtmissbrauch der deutschen Energiekonzerne offen zu legen. Sie ließ 2006 unangekündigt die Zentralen von RWE und E.on durchsuchen. Bei den Razzien wurden Akten geprüft, Festplatten kopiert, Dokumente beschlagnahmt. Der Verdacht: Gebiets- und Preisabsprachen, bewusstes Zurückhalten von Kraftwerkskapazitäten, fehlende Investitionen in Netze und Marktabschottung.²⁶ EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes will nach Prüfung der Unterlagen die Wettbewerbsregeln verschärfen. Für den Fall, dass ein Gesetz zur eigentumsrechtlichen Entflechtung am Widerstand der Regierungen scheitert, kann Kroes dazu das europäische Wettbewerbsrecht nutzen. „Die Kommission kann auch einzelne Unternehmen damit bestrafen, wenn sie gegen das Kartellrecht verstoßen haben“.²⁷ Anfang 2008 entscheidet die EU-Kommission über mögliche Strafen und Auflagen zur Netzabspaltung.

Alternativ dazu kann sich der Energieökonom Uwe Leprich vorstellen, durch konsequente Regulierung die Rendite der Netzgesellschaften so weit zu senken, dass die renditemaximierenden Großstromerzeuger sich freiwillig von ihren Netzen trennen.²⁸ Das Problem dabei ist, dass der Bundesnetzagentur in Deutschland durch unzureichende gesetzliche Vorgaben die Hände gebunden sind, die Netzentgel-

te so weit herunter zu regulieren. Dafür hatte die Energiewirtschaft – allen voran RWE und E.on – schon 2004 gesorgt, indem sie tatkräftig und zum eigenen Vorteil ihre Beziehungen zur Politik spielen ließ und an den gesetzlichen Bestimmungen mitfeilte. In die Verordnungen über die Ermittlung der Netzentgelte sind Vorschläge von RWE sogar wörtlich eingeflossen.²⁹

5.7 Vernetzt mit der Politik

Die Cheflobbyisten der Konzerne werden immer dann besonders aktiv, wenn eine Gesetzesnovelle ansteht. Sie schreiben Vorlagen, korrigieren ministeriale Entwürfe, organisieren Informationsabende in ‚entspannter Atmosphäre‘. Wenn es für RWE gut läuft, tauchen Formulierungshilfen mit dem Hinweis „wörtlich RWE“ oder „fast wörtlich RWE“ in Gesetzesentwürfen des Wirtschaftsministeriums wieder auf.³⁰ Wenn es nicht so gut läuft, folgen Drohungen mit dem Verlust von Investitionen und Arbeitsplätzen (bei der Einführung des EU-Emissionshandels), dem Export von Kraftwerksinvestitionen oder dem Import von billigem Oststrom (bei Gesetzen zu erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung) und Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe (bei der Novellierung des Atomgesetzes).³¹ Sie verfehlen selten ihren Zweck.

RWE: „Klimaschutz beginnt zuhause“. Der Ruhrpott wartet. Foto: D. Jansen / BUND



²⁶ http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_6825_de.htm

²⁷ www.netzeitung.de/wirtschaft/unternehmen/542237.html

²⁸ „Wer das Netz hat, hat die Macht“, Die Zeit, 7.9.2006

²⁹ Vgl. C. Gammelin/G. Hamann: „Die Strippenzieher. Manager, Minister, Medien

– wie Deutschland regiert wird.“, Berlin 2006

³⁰ ebda

³¹ P. Hennicke/M. Müller: „Weltmacht Energie. Herausforderung für Demokratie und Wohlstand“, Stuttgart 2005

Den Politikern, die sich in besonderem Maße kooperativ zeigen, winken lukrative Posten in der Wirtschaft. Nur ein Beispiel von vielen: Ob es sich um die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten handelt oder um Übertragungsregelungen von Emissionsrechten von Alt- und Neuanlagen – die Wünsche von RWE sind als „Lex-RWE“ in die Gesetzesvorlage zum Emissionshandel eingeflossen. Und die Märchenfee hieß damals: Wolfgang Clement. Der damalige Wirtschaftsminister aus dem RWE-Land Nordrhein-Westfalen sorgte dafür, dass RWE für seine schmutzigen Kraftwerke besonders viele Verschmutzungszertifikate bekam. Erst die für RWE so günstige Ausgestaltung des Gesetzes zum Emissionshandel gab den Impuls zum Bau des neuen Braunkohlekraftwerksblocks in Neurath. „Hier wird Vetternwirtschaft auf Kosten des Klimaschutzes betrieben“, so Greenpeace-Klimaexpertin Gabriela von Goerne. Der Einsatz für klimaschädliche Braunkohle hat sich für den SPD-Politiker gelohnt: Im Februar 2006 wurde er in den Aufsichtsrat der RWE Power AG gewählt.

Durch das enge Geflecht zwischen Bürgermeistern, Landräten, Mitgliedern der kommunalen Verwaltung und dem Stromkonzern ist Lobbyismus bei RWE „ganz normal“. Für viele Bürgermeister und Dezernenten ein willkommenes Sprungbrett auf gut dotierte RWE-Posten nach freiwilliger oder erzwungener Beendigung ihrer politischen Karrieren. Trotz des Wegfalls des Mehrfachstimmrechts und der Änderung der Aktionärsstruktur seit der Liberalisierung 1998 hängen noch immer die einflussreichen Kommunalpolitiker aus über 60 Städten und Kreisen mit RWE und seinen Tochterunternehmen zusammen. Schätzungen gehen von über 2000 Politikern und Verwaltungsbeamten aus.³² Regionalbeiräte erhalten 6000 Euro Tantiemen im Jahr – für vier Sitzungen.

Mit Hilfe der aktiven Kommunalpolitiker konnte RWE zum Beispiel die Entscheidung für den Braunkohletagebau Garzweiler II durchsetzen; ein Projekt, das von vielen Seiten massiv kritisiert wird wegen seiner ökologischen Folgen und der Zerstörung vieler Dörfer. Rheinbraun (heute RWE Power) holte sich dafür einen speziellen Pressesprecher ins Haus: den persönlichen Referenten des Kölner Regierungspräsidenten, der mit dem Genehmigungsverfahren von Garzweiler II befasst war. Plötzlich bekamen die Kommunalpolitiker schlagfertige Argumente und Materialien in die Hand – made by RWE. Ihre Redemanuskripte wurden ebenso in der Presseabteilung der RWE-Tochter verfasst wie Anträge und Resolutionen für die entscheidenden Sitzungen in den Parlamenten.³³

Korruption auf Bundesebene

In der Geschichte der RWE standen auch Bundespolitiker auf der Gehaltsliste. Doch nach den bekanntesten Affären um die beiden CDU-Politiker Laurenz Meyer und Hermann-Josef Arentz im Jahr 2004 ist die öffentliche Empörung zu groß geworden. Arentz kassierte rund 60.000 Euro im Jahr von RWE, ohne Gegenleistung, wie es oft in den Medien hieß. Doch als Mitglied in den Spitzengremien der CDU verfügte er über interne Vorlagen, Informationen und Kontakte. Das war RWE das Geld wert. Ähnlich der Fall Meyer, der gleich für drei Fulltimejobs kassierte: als CDU-Generalsekretär, als NRW-Landtagsabgeordneter und als Manager des Energiekonzerns VEW, der inzwischen zu RWE gehört. Der Parteienkritiker Hans Herbert von Arnim sah Meyer „im Dunstkreis der Korruption“.³⁴

Der Konzern reagierte ein Jahr später mit einem neuen ‚Verhaltenskodex‘, um weitere Skandale zu vermeiden. Demnach darf RWE keine Mitarbeiter mehr beschäftigen, die hauptberuflich öffentliche Ämter ausüben oder Man-

Immer wieder Sonderregeln für Klimasünder RWE. Foto: B. Arnold/Greenpeace



³² R. Liedtke: „Das Energiekartell“, Frankfurt am Main 2006

³³ ebda.

³⁴ Financial Times Deutschland, 20.12.2004

³⁵ RWE Verhaltenskodex September 2005. Auf Aufsichtsratsposten befinden sich weiterhin Bürgermeister als Vertreter der kommunalen Anteilseigner.

date innehaben.³⁵ Im Zuge von Roels Aufräumarbeiten wurde die in Kritik geratene Tochter RWE Infrakom, die als einzige Aufgabe die Beratung und Beeinflussung von Politikern hatte und laut Eigenwerbung „Kontakte auf höchster Ebene“ vermittelte, aufgelöst. Ihre Geschäftsführer waren einflussreiche CDU-Politiker wie Jochen Semmler, früherer Stadtdirektor von Mönchengladbach, und der Bochumer Fraktionschef Lothar Gräfinholt. Kontakte auf höchster Ebene schließen weiterhin Leute wie Volker Heck. Der Leiter der RWE-Konzernkommunikation gilt in der Energiebranche als besonders einflussreicher Strippenzieher.

Auch die Gewerkschaft lässt sich beim Lobbyspiel der Energiekonzerne einspannen. Früher ging sie für die Enteignung der Kapitalisten auf die Straße, heute demonstriert sie gegen einen „Zwangverkauf“ der Stromnetze von RWE und den anderen Großkonzernen sowie „unfaire Auflagen“ beim Emissionshandel.³⁶ Die Marschrichtung gibt Ver.di-Chef und RWE-Mann Frank Bsirske an. Er verdient im Präsidium des RWE-Aufsichtsrats 233.000 Euro im Jahr;³⁷ das sind 77.000 Euro mehr als sein Ver.di-Gehalt.

Lobbyismus kennt keine Grenzen

Während die Zeitungen den EU-Gipfel im März 2007 unter EU-Ratspräsidentin Angela Merkel als energiepolitischen Erfolg für den Klimaschutz feiern, wird hinter geschlossenen Türen an der Torpedierung der Klimaschutzziele gefeilt. Nach amerikanischem Vorbild haben sich neo-liberale und rechte ‚Thinktanks‘ gebildet, finanziert von

internationalen Konzernen wie ExxonMobil (in Deutschland Esso). Rund um Klimaskeptiker Christopher C. Horner vom European Enterprise Institute (EEI) betreiben Politiker, Unternehmer und Wirtschaftswissenschaftler bewusste Desinformation und aggressiven Lobbyismus, um auf EU-Gesetze Einfluss zu nehmen.

Horner empfahl dem RWE-Konzern die „Schaffung eines Aktionsteams“ mit dem Ziel, „das Festhalten an der Agenda des Kioto-Protokolls 2008-2012 in der EU in Frage zu stellen.“³⁸ Andere Unternehmen wie Vattenfall oder Endesa hätten schon Interesse bekundet. RWE hatte mehrmals öffentlich die Ziele des Kioto-Protokolls für zu ambitioniert erklärt, dementierte aber öffentlich die Teilnahme an einer konspirativen Lobbygruppe und erklärte unverfänglich, man müsse sich schließlich mit allen Stakeholdern unterhalten. Kontakte zwischen Chris Horner und dem Brüsseler RWE-Lobbyisten Markus Becker, der für RWE auch in einer konservativen Task-Force Vorschläge für Klimaschutzziele erarbeitet, bestehen weiterhin.³⁹ So bietet z. B. FORATOM, die größte Lobbygruppe für Atomindustrie in Europa, die geeigneten Foren für solche Kontakte. Sie hält Klimatagungen ab, die auch von RWE als Mitglied gesponsert werden, und fordert u. a. den Ausstieg aus dem deutschen Atomausstieg. Wie stark der Einfluss dieser Lobbygruppen auf die EU-Gesetzgebung tatsächlich ist - in einer Zeit, in der endlich die Gesellschaft, und somit auch die Politik und die Wirtschaft zumindest sensibilisiert sind für den dringlichen Handlungsbedarf in der Klimaschutzfrage - wird sich zeigen.

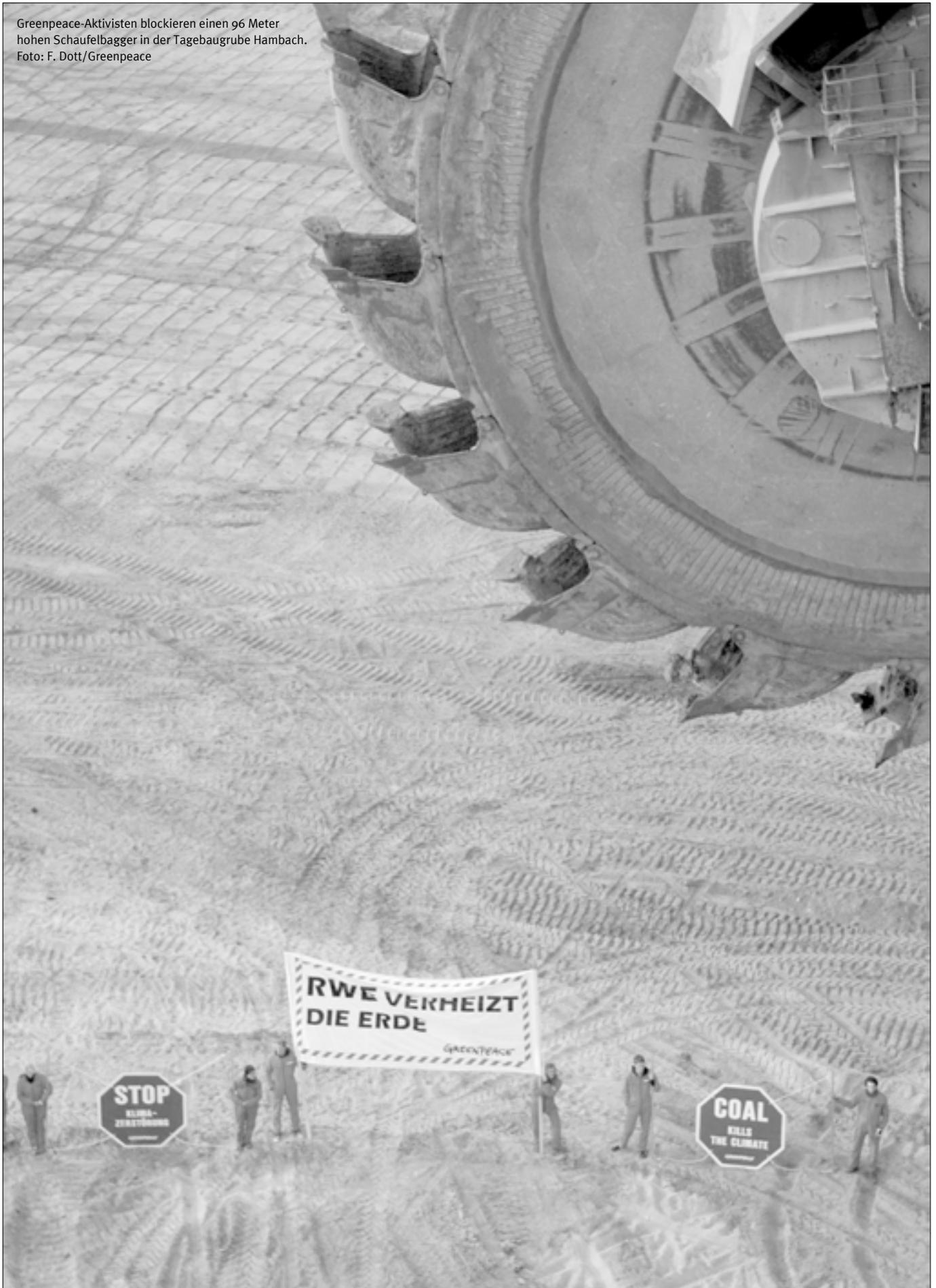
³⁶ Im Februar 2007 demonstrierten in Berlin tausende Gewerkschaftsmitglieder gegen die Entflechtung der Energiekonzerne und für „Braunkohle als Stromgrundlast“.

³⁷ RWE Geschäftsbericht 2006

³⁸ Vgl. K. Smid: „Mit amerikanischen Mitteln gegen den Klimaschutz“, greenpeace, 11/2005

³⁹ Reviewing th EU Emission Trading Scheme, Report of a CEPS Task Force, London 7/2005

Greenpeace-Aktivisten blockieren einen 96 Meter hohen Schaufelbagger in der Tagebaugrube Hambach.
Foto: F. Dott/Greenpeace



Schon lange kämpfen Bürgerinitiativen, Protestbewegungen und Umweltverbände gegen den Riesen RWE und seine umweltfeindliche Konzernpolitik. Doch spektakuläre Aktionen gegen Kohlekraftwerke und Tagebaue, Blockaden gegen Urantransporte und Demonstrationen gegen die Antragsstellung von RWE, Biblis A länger laufen zu lassen, beeindruckten bisher nur die Öffentlichkeit, nicht aber die RWE-Manager. Trotz aller Verfassungsbeschwerden, Klagen und Einwendungen von Bürgern und Kommunen - RWE setzt immer wieder seine Interessen gegen alle Widerstände durch. Auch die deutschen Wettbewerbshüter können den Riesenkonzern nur abmahnen, ihn in die Knie zu zwingen schaffte bisher keiner.

Den gigantischen Erfolg seiner Jahresbilanzen verdankt RWE vor allem seinen Kunden. Sie bezahlen Jahr für Jahr mit überhöhten Preisen das auf Kohle- und Atomenergie konzentrierte Geschäftstreiben des Konzerns. Dabei kann jeder Stromkunde seit 1998 frei entscheiden, wer an seinem Stromverbrauch verdient und wohin diese Gewinne fließen. Der Wechsel zu einem Ökostromanbieter bedeutet: Weg von Atom und Kohle, von Machtmissbrauch und Profitstreben – hin zu einer sicheren und Klima schonenden Energieversorgung mit erneuerbaren Energien und effizienter Kraft-Wärme-Kopplung. Die Energiewende liegt in der Hand jedes Kunden. Seine Macht, die Energiekonzerne zur Weichenstellung zu bewegen, ist so groß wie nie zuvor.

Klimaschutz und Atomausstieg selber machen!

Die aktuelle Klimadiskussion in den Medien hat dem flau anlaufenden Ökostrommarkt kräftigen Aufwind bereitet. Den konventionellen Großkonzernen laufen die Kunden weg. Allein im ersten Quartal 2007 sind nach Auskunft der Branche zehntausende Haushalte zu den Grünstromunternehmen gewechselt. Anbieter wie Greenpeace Energy verzeichnen Kundenzuwächse von 30 bis 40 Prozent. Die Elektrizitätswerke Schönau haben in den vergangenen Monaten so viele Kunden gewonnen wie im gesamten Jahr 2006. Der Branchenführer Lichtblick hat seine eigenen Erwartungen nach

oben korrigiert: Im laufenden Geschäftsjahr sollen 80.000 statt der zunächst angepeilten 60.000 Neukunden gewonnen werden.¹ „Die Menschen müssen begreifen, wie groß ihre Macht ist. Wenn sie ihr Geld umleiten, können sie auf Dauer mehr Mitbestimmung gewinnen“, sagt Ökostromberaterin Trudel Meier-Staude von Projekt 21plus. „Jeder Stromwechsler, der sich für einen unabhängigen Anbieter entscheidet, verändert die Marktmacht auf dem Energiesektor.“

Zwar verkaufen RWE, E.on, EnBW und Vattenfall mittlerweile auch ‚Ökostrom‘, in der Regel Wasserkraftstrom aus eigenen Kraftwerken. Doch damit wollen sie einen ökologisch interessierten Kundenkreis befriedigen, ohne ihre Unternehmenspolitik ökologisch auszurichten. Für Ursula Sladek von den Elektrizitätswerken Schönau ist nur der Wechsel zu einem rundum sauberen Unternehmen eine politische Aussage: „Es macht ja wirklich keinen Sinn, gegen den Weiterbetrieb von alten Atomkraftwerken oder den Neubau von Kohlekraftwerken zu sein, aber dann seinen Ökostrom genau bei den Unternehmen zu kaufen, die diese Kraftwerke betreiben.“

Umweltverbände legen bei Ökostromanbietern klare Kriterien an: keinerlei eigentumsrechtliche Verflechtung mit einem Stromkonzern, der Atom- oder Kohlekraftwerke betreibt oder mit Strom aus diesen Quellen handelt. Der ‚grüne Strom‘ stammt zu mindestens 50 Prozent aus erneuerbaren Energien wie Wasserkraft, Biomasse, Windenergie oder Photovoltaik. Maximal 50 Prozent dürfen in gasbetriebenen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen produziert werden. Die Anbieter fördern nachweislich neue regenerative Anlagen zur Stromerzeugung. Noch ist Ökostrom in Deutschland je nach Anbieter um ein bis zwei Cent je Kilowattstunde teurer als konventioneller Strom. Doch laut Greenpeace Energy könnten mit den sinkenden Kosten der Netzentgelte auch die Ökostromtarife bald fallen. Zudem werden erneuerbare Energien von Jahr zu Jahr wirtschaftlicher durch die zunehmende Menge an Anlagen, Produktionszahlen sowie modernisierten Herstellungsmethoden.

¹ „Klimawandel heizt Ökostrommarkt an“, Frankfurter Rundschau, 2.4.2007

Noch nie war der Protest gegen Klima- und Umweltsünder so effektiv, so bequem, so schnell machbar. In nur fünf Minuten kann der Wechsel zu einem Ökostromanbieter vollzogen werden. Um die Formalitäten kümmern sich die neuen Anbieter. Gefährliche Atomkraftwerke und – mülltransporte, CO₂-schleudernde Kohlekraftwerke und unnötige Tagelöhner haben dann einen Geldgeber weniger. In der Masse hat dies einen realen Einfluss auf die Konzernpolitik von RWE und Co.

Auf die Politik macht RWE Druck, um seine Interessen durchzusetzen. Wenn Sie der Meinung sind, dass diese Politik falsch ist, machen Sie Ihrerseits Druck auf den Konzern: Wechseln Sie den Stromanbieter oder trennen Sie sich von Aktien! Denn auf ökonomische Notwendigkeiten reagiert der Konzern, wenn schon nicht auf ökologische. Nicht umsonst ist der bundesweite Zusammenschluss „Atomausstieg selber machen“, in dem alle Umweltverbände zusammen zum Stromwechsel aufrufen, nach dem Antrag von RWE zur Laufzeitverlängerung von Biblis A gestartet.



Taten sind wichtiger als Worte.

Die Zukunft beginnt mit E: Erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz – die drei Säulen für eine klimafreundliche Zukunft. Darin sind sich alle Wissenschaftler einig. Die Energiewende ist technologisch machbar. Ein energiesparender und dezentraler Energiemarkt ohne fossile und nukleare Brennstoffe kann weltweit dazu beitragen, das Problem der Rohstoffabhängigkeit, des Atommülls und nicht zuletzt des Klimawandels zu lösen. Doch RWE setzt weiter auf Dinosaurierenergien, Stromvergeudung und Ineffizienz. So verbaut der RWE-Konzern sich jetzt mit neuen Kohlekraftwerken im In- und Ausland und dem Ausbau eines zentralen Stromsystems seine Zukunft. Und damit die Zukunft Deutschlands und der ganzen Welt. RWE investiert nicht in „Innovation und Wachstum“, sondern in „Ineffizienz und Wahnwitz“.



Mit einem Klick zum grünen Strom

Elektrizitätskraftwerke Schönau GmbH

www.ews-schoenau.de

Greenpeace Energy eG

www.greenpeace-energy.de

LichtBlick GmbH

www.lichtblick.de

Naturstrom AG

www.naturstrom.de

Information und Beratung zum Ökostromwechsel

www.oekostromwechsel.de

www.atomausstieg-selber-machen.de

Kontakt:

urgewald e. V.
Hauptgeschäftsstelle:
Von Galen Str. 4
48336 Sassenberg
Tel. 02583/1031
Fax 02583/4220
www.urgewald.de

Projekt 21plus
Volkartstr. 46
80636 München
Tel. 089/35653344
Fax 089/35653343
strom@projekt21plus.de
www.projekt21plus.de





Anwalt für Umwelt und Menschenrechte

Wir suchen die Ursachen globaler Armut und Umweltzerstörung und finden sie auch in der deutschen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir recherchieren in mühevoller Kleinarbeit, wie deutsche Banken und Firmen zu Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen in Ländern des „globalen Südens“ beitragen. urgewald nennt Namen und fordert von Entscheidungsträgern in der Praxis nachhaltiges Handeln ein. Wir treten ein für verbindliche

Umwelt- und Sozialstandards in der deutschen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, um globale Entwicklungen zugunsten von Mensch und Natur zu beeinflussen.

Seit Jahren arbeiten wir dabei eng mit Betroffenen zusammen. Dadurch ist urgewald eine wichtige Anlaufstelle geworden für bulgarische Bürger und Umweltschützer, die sich gegen gefährliche Atomkraftwerke wehren, für

Recherche

Fakten: Wir recherchieren Daten, Fakten und Hintergründe: im Internet, bei Ministerien, Banken und anderen Institutionen, und manchmal auch direkt vor Ort. Informationen „aus erster Hand“ bekommen wir direkt von unseren Partnerorganisationen in vielen Ländern der Erde. **Wir sprechen lieber mit den Betroffenen selbst, um uns ein komplettes Bild über die Risiken und Chancen eines Großprojektes zu verschaffen.**



Denn die Erfahrung zeigt, dass man sich auf die Angaben der Projektbetreiber häufig nicht verlassen kann.

Anwaltschaft



Konkrete Hilfe: Häufig sind wir die erste Anlaufstelle für Menschen, die in ihrer Heimat durch die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen bedroht sind. **Deshalb verstehen wir uns als „Anwalt für Umwelt und Menschenrechte“.** urgewald lädt Betroffene, die unter den Auswirkungen deutscher Politik oder deutscher Finanzierung leiden, nach Deutschland ein. Wir besuchen mit ihnen die „Verursacher“ ihrer Probleme: Bundestagsabgeordnete, Verantwortliche in den Ministerien, die über die Unterstützung für einen zerstörerischen Großstaudamm entscheiden, oder die Umweltauswahl der Deutschen Bank, die durch ihre Kredite Kahlschläge von Regenwaldgebieten oder Atomkraftwerke finanzieren will. Wir unterstützen unsere Gäste durch die Vorbereitung, Koordination und Begleitung solcher Lobbyreisen und sorgen für deutschlandweite Pressearbeit.

Lobbying

Politik und Finanzwelt beeinflussen: Für unseren Rohstoffhunger wird fruchtbares Ackerland in monotone Holzplantagen umgewandelt oder werden Naturschutzgebiete durch den Bau von Ölpipelines gefährdet. Den Interessen und Bedürfnissen der Menschen in den Rohstoffländern läuft dies oft zuwider. Da Nachfrage und Finanzierung aus Deutschland kommen, lautet unsere Hauptforderung an Politik und Banken: **Kein deutsches Geld für Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen!** Mit politischer Lobbyarbeit streitet urgewald für verbindliche Umwelt- und Sozialstandards in der Politik und bei öffentlichen und privaten Banken.



indische Kleinbauern, die sich gegen ihre Vertreibung für große Tagebaue wehren, für russische Umweltschützer, die einmalige Ökosysteme gegen die Interessen von Ölfirmen und Banken verteidigen müssen. Wir sorgen dafür, dass ihre Stimmen in Deutschland gehört werden. In Lobbygesprächen mit Entscheidungsträger/innen, auf Aktionärsversammlungen oder in Form öffentlichkeitswirksamer Aktionen.

Aktionen

Öffentlichkeit mobilisieren

Unsere Kampagnen fordern auf, aktiv zu werden. Wenn Banken oder Konzerne Lobby-Argumenten nicht zugänglich sind, wenden wir uns an ihre Aktionäre und Kunden und tragen den Protest vor ihre Türen. Als 2006 Deutsche Bank und HypoVereinsBank ein bulgarisches Risiko-Atomkraftwerk finanzieren wollten, fanden in 60 deutschen Städten Aktionen vor ihren Bankfilialen statt. Um ihren Ruf besorgt, zogen sich die Banken von dem Geschäft zurück.



Kooperation

Zusammenarbeit macht stark:

urgewald- Kampagnen sind selten „Alleingänge“, denn Kooperationen und Bündnisse stärken die Wirksamkeit und erhöhen den Erfolg der gemeinsamen Arbeit. Deshalb arbeiten wir in nationalen und internationalen Netzwerken wie der Initiative 2000 plus, dem Taiga Rescue Network oder BankTrack mit und wir initiieren Bündnisse wie z.B. die Kampagne zur Hermesreform.



Außerdem kooperieren wir mit kirchlichen Organisationen und vielen Umweltverbänden, z.B. mit Misereor, Robin Wood, Greenpeace, International Rivers Network, Friends of the Earth, dem deutschen BUND und vielen anderen.

Ihr Engagement ist wichtig!

Bitte helfen Sie den „Ausverkauf der Natur“ zu stoppen. Ihre Spende oder Ihr regelmäßiger Förderbeitrag hilft uns, weiterhin für betroffene Menschen und gegen Umweltzerstörung einzutreten.

Unabhängige Arbeit braucht unabhängiges Geld – Bitte unterstützen Sie urgewald!

Nutzen Sie den beiliegenden Überweisungsträger für Ihre Spende oder überweisen Sie direkt auf unser Konto:

Volksbank Sassenberg
Konto 64 339 900
BLZ 412 625 01

Möchten Sie **urgewald** regelmäßig als Förderer unterstützen? Bitte füllen Sie dazu die beiliegende Unterstützungserklärung aus und senden oder faxen Sie sie an unsere Adresse zurück.

Für Ihre Rückfragen, Wünsche und Anregungen steht Ihnen bei **urgewald** Andrea Soth gerne zur Verfügung! Sie erreichen sie unter **02583/91899-31** oder per Email unter **andrea@urgewald.de**

urgewald e.V. ist als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt. Spenden an uns sind steuerabzugsfähig. Eine Spendenbescheinigung senden wir Ihnen automatisch am Jahresanfang für Spenden zu. Ihr Engagement ist wichtig!



egalstrom.de



oekostromwechsel.de

Informationen
zur Studie:
www.urgewald.de
regine@urgewald.de
Telefon: 02583 - 1031
Fax: 02583 - 4220

Informationen zum
Stromwechsel:
www.projekt21.de
info@projekt21plus.de
Telefon: 089 - 35653344
Fax: 089 - 35653343